

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

April 2011/1+2

Wolfgang Leonhard wird 90

Ein unbeirrbarer Zeuge



Wolfgang Leonhard, geb. 1921, Ausbildung zum kommunistischen Spitzenkader in der Sowjetunion. Anfang Mai 1945 Rückkehr nach Berlin als jüngstes Mitglied der „Gruppe Ulbricht“, Dozent an der SED-Parteihochschule Kleinmachnow. März 1949 Bruch mit dem Stalinismus und Flucht ins titoistische Jugoslawien, 1950 Westdeutschland. 1955 erschien sein heute wie vor fünfzig Jahren lesenswerter Klassiker: *Die Revolution entlässt ihre Kinder*. Seither als Publizist, Sowjetforscher und Hochschullehrer in England, USA und Deutschland tätig, in der Zeit des Kalten Krieges vom Hass vor allem der deutschen und der sowjetischen Kommunisten verfolgt.

Foto: Reiner Mnich

Von Martin Rooney

Wolfgang (eigentlich Wolodja) Leonhard, einer der ganz wenigen hoch bedeutenden in Deutschland wohnhaften Kommunismusforscher, wurde am 16. April 1921 in Wien geboren. Aufgrund seines Geburtsortes ist er österreichischer Staatsbürger. Seine Mutter war die Publizistin Susanne Leonhard (1895-1984), eine enge Freundin von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Ihr erster Ehemann, der Dramatiker Rudolf Leonhard, erkannte offiziell die Vaterschaft an. Als Wolfgang Leonhard zur Welt kam, lebte das Ehepaar Leonhard jedoch getrennt. Susanne Leonhard, eine glühende Kommunistin, war zu diesem Zeitpunkt mit Mieczyslaw Bronski, dem sowjetischen Botschafter in Wien und engen Vertrauten Lenins, liiert. Seit 1925 KPD-Mitglied, arbeitete sie als freie Publizistin und zeitweise als Pressesprecherin der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin. Wolfgang Leonhard beschreibt in einem Hörfunkinterview aus dem Jahr 2009 seine Mutter als „eine kämpferische Natur, die eindeutig politische Zielsetzungen wichtiger nahm als die eigene Familie, eine Frau, die eigentlich keinen Familiensinn hatte“. Das ging so weit, fügte Wolfgang hinzu, dass er von seiner Mutter kaum Zärtlichkeit erfuhr. Mit monomanischer Beses-

(Fortsetzung Seite 3)

Barbara Szkibik

Roland Jahn – der neue Chef

Gauck-Behörde (BStU)
unter neuer Leitung

Seite 7

Wolfgang Buschfort

Das Ostbüro der SPD

Zum 100. Geburtstag von
Stephan G. Thomas

Seite 9

Waldemar Ritter

Leugnung der Verbrechen des Kommunismus

Seite 11

Lutz Rathenow

IM, a.D.

Seite 16

Inhaltsverzeichnis

Martin Rooney Wolfgang Leonhard wird 90	Seite 1
22. Bautzen-Forum	Seite 2
Impressum	Seite 2
Barbara Szkibik Roland Jahn – der neue Chef	Seite 7
Wolfgang Buschfort Das Ostbüro der SPD Zum 100. Geburtstag von Stephan G. Thomas	Seite 9
Waldemar Ritter Leugnung der Verbrechen des Kommunismus	Seite 11
Lutz Rathenow IM, a.D.	Seite 16
Martin Rooney Man(n) ist ja keine achtzig mehr Regimekritiker Erich Loest	Seite 17
Armin Pfahl-Traughber „Demokratischer Sozialismus“	Seite 20
Jürgen V. Holdefleiß Heimliche Rache aus der DDR-Vergangenheit ?	Seite 21
Neuerscheinungen	Seite 24

22. Bautzen-Forum

5. – 6. Mai 2011

50 Jahre Mauerbau

Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“

Mit Vorträgen und Podiumsbeiträgen u.a. von

Prof. Dr. Rainer Eckert

Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig

Dr. Hans-Jürgen Grasemann

Oberstaatsanwalt, ehem. stellv. Leiter der
Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter

Roland Jahn

Bundesbeauftragter für die Unterlagen der
Staatssicherheit der ehemaligen DDR

Prof. Dr. Christoph Kleßmann

Historiker, Potsdam

Wolfgang Tiefensee, MdB

Bundesminister a.D.

Leipziger Oberbürgermeister 1998-2005

Beginn: Donnerstag, 5. Mai 2011, 9.30 Uhr

Ende: Freitag, 6. Mai 2011, 13.00 Uhr

Bautzener Bräuhaus, Thomas-Mann-Str. 7

Programmanforderung und Anmeldung bis 26.04.2011 bei:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Büro Leipzig

Burgstr. 25, 04109 Leipzig

Tel.: 0341 – 9602431; Fax: 0341 – 9605091

E-Mail: Lpzmail@fes.de

FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †

Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern), www.bwv-bayern.org

Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juegen.maruhn@gmx.de

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Ein herzliches Dankeschön allen Spenderinnen und Spendern 2010!

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bund Widerstand und Verfolgung als Herausgeber der ausdrücklich antiextremistischen Vierteljahresschrift FREIHEIT UND RECHT dankt Ihnen für alle im Jahre 2010 geleisteten Spenden. Viele Leser ermuntern uns, nicht nachzulassen und das Blatt nicht einzustellen. Dem folgen wir gern, so weit die „Puste“ reicht. Deshalb warten die Herausgeber nicht nur auf „Staatsknete“, sondern setzen auch auf zivilgesellschaftliches Engagement und

bitten weiterhin um (kleine und kleinste und gern auch größere) Spenden.

Die Konto-Angaben lauten:
**FREIHEIT UND RECHT,
Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,
Münchener Bank.**

Mit freundlichen Grüßen

Der Herausgeber

(Fortsetzung von Seite 1)

senheit widmete sich Susanne Leonhard der Sache des Proletariats und der Weltrevolution. Der kleine Wolfgang störte sie offensichtlich dabei, wurde daher oft zu anderen Leuten gegeben oder ins Landschulheim geschickt.

1931 zog Susanne Leonhard mit ihrem Sohn in die linke Künstlerkolonie am Laubenheimer Platz in Berlin-Wilmersdorf. Viele prominente kommunistische Kulturschaffende wohnten dort: Johannes R. Becher, Ernst Bloch, der „Barrikaden-Tauber“ Ernst Busch und der Agitprop-Dichter Erich Weinert, Publizisten wie Axel Eggebrecht, Alfred Kantorowicz, Gustav Regler, Arthur Koestler und Manès Sperber. Seine Mutter schickte ihn auf die Neuköllner „Karl-Marx-Schule“ und zu den „Jungen Pionieren“, der Kinderorganisation der KPD. So geriet er früh in den Bannkreis des Marxismus und des Leninismus. Da hieß es dann: „Du bist ein großer Junge.“ Das bedeutete, dass er von nun an wie ein Erwachsener behandelt wurde. Direktiven, die man für den illegalen Kampf gegen die Nazis brauchte, erhielt er schon als Elfjähriger. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde er im Herbst 1933 nach Vigbyholm bei Stockholm in ein Internat in Sicherheit gebracht. Bis Frühsommer 1935 blieb seine Mutter im nationalsozialistischen Deutschland und leistete illegale Widerstandsarbeit. Im Frühjahr 1935 besuchte Susanne Leonhard ihren Sohn in Schweden und kehrte nach zwei eindringlichen Warnungen nicht mehr nach Deutschland zurück. Da in Schweden keine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen war, emigrierte sie mit ihrem Sohn, der damals die sowjetische Staatsbürgerschaft besaß, über Leningrad nach Moskau. Dort machten Mutter und Sohn fast alle

Erfahrungen durch, die der Hochstalinismus für kommunistische Emigranten bereithielt. Susanne Leonhard wurde im Herbst 1936 anlässlich der stalinistischen Säuberungen verhaftet und für zwölf Jahre in ein GULag bei Workuta deportiert. Der junge Wolfgang verbrachte diese Zeit im „Kinderheim Nr. 6“ und besuchte die deutschsprachige „Karl-Liebknecht-Schule“ in Moskau. Anschließend wechselt er auf eine russische Schule in Moskau. Mit 19 Jahren begann Wolfgang Leonhard ein Studium an der „Moskauer Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen“. Nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion wurde er als Deutscher in den Norden Kasachstans zwangsumgesiedelt, wo er bis Sommer 1942 ein Lehrerinstitut in Karaganda besuchte.

Anschließend wurde Leonhard an die Schule der Komintern in Kuschnarenko (Baschkirische ASSR) versetzt und erhielt dort, unter dem Tarnnamen „Wolfgang Linden“, eine Ausbildung zum kommunistischen Politkommissar. Dort begegnete er alten Freunden aus der Karl-Liebknecht-Schule wieder, die sich alle zur strikten Einhaltung der Regeln der Konspiration verpflichtet hatten, z.B. Jan Vogeler („Danilow“), Stefan Doernberg („Adler“), und Markus Wolf („Förster“). Nachdem Stalin am 10. Juni 1943 die Kommunistische Internationale aufgelöst hatte, wurde die Schule geschlossen. Dann arbeitete Leonhard als Sprecher am Sender „Freies Deutschland“ des Nationalkomitees Freies Deutschland in Moskau.

Ende April 1945 gehörte er zu den zehn kommunistischen Funktionären, die unter Führung Walter Ulbrichts von Stalin nach Berlin geschickt wurden, um die kommunistische Partei aufzubauen, den antifaschistischen Staat, das neue

Deutschland: zehn Revolutionäre, Wolfgang war der jüngste mit 24 Jahren, die anderen waren zwischen 42 und 50 Jahre alt, die ein halbes Land neu erfinden durften. Leonhard ist übrigens heute der einzige Überlebende der „Gruppe Ulbricht“. Nach der Stille im Flugzeug („unter Stalin hat man nicht viel geredet“, erinnert sich Leonhard, der von nun an – auf Weisung Ulbrichts – einen deutschen statt eines russischen Vornamens trug) dann die Ankunft in Bruchmühle bei Berlin. In Bruchmühle wurde ein imposantes, dreistöckiges Gebäude mit großen Fenstern bezogen und zum Sitz der Gruppe Ulbricht umfunktioniert. Es folgten tägliche Fahrten im Auto nach Berlin. Überall gab es Feuer, Rauch, Bombentrichter, Ruinen stürzten ein. Leonhard sollte die Bezirksverwaltung Wilmersdorf aufbauen, er suchte mögliche Verbündete, Bürgerliche, sprach einen Mann mit Krawatte an. Zu dieser Zeit fiel Ulbrichts berühmter Satz: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Leonhard war Zeuge der von den Kommunisten propagandistisch geschickt inszenierten „Zwangs- und Betrugsvereinigung“ (Hermann Weber) von SPD und KPD zur SED am 21. und 22. April 1946 im Berliner Admiralspalast. Leonhard saß in der zweiten Reihe rechts. In seinem Kopf nisteten erste Zweifel an der Linie seiner neuen Partei. Bis September 1947 war er Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda und setzte anschließend zwei Jahre lang als Dozent an der SED-Parteihochschule Karl Marx in Kleinmachnow seine Karriere fort. Er verstand es, wie kaum ein anderer, ideologische Fragen verständlich in Broschürenform aufzubereiten und mit Witz und Elan die Nachwuchskader zu unterrichten. Im Mai 1949 – Tito hatte sich bereits 1948 dem Vormachtsan-

spruch Moskaus widersetzt und mit Stalin gebrochen – floh er auf der Suche nach einem besseren Sozialismus nach Jugoslawien und kam 1950 in die Bundesrepublik. Ein Jahr später war Leonhard führend an der Gründung der Unabhängigen Arbeiterpartei Deutschlands (UAPD) beteiligt und brachte dabei die wohlwollende Unterstützung der jugoslawischen Genossen mit ein. Die UAPD war eine Gründung von ehemaligen KP-Mitgliedern, von Trotzkisten und „heimatlosen Linken“, die unter der Losung „Nicht Ost, nicht West, unabhängig und sozialistisch“ einen „dritten Weg“ propagierte; sie fiel schon 1952 auseinander. Danach veröffentlichte der Westberliner DGB eine Auseinandersetzung mit Geschichte und Gesellschaft der Sowjetunion aus der Feder Leonhards. In „Schein und Sein in der Sowjetunion“ (1952) analysierte er die Sowjetunion als Staatskapitalismus sowie die verhängnisvolle Rolle Stalins, unter dessen Herrschaft „die Abkehr vom Roten Oktober“ begonnen habe.

1955 veröffentlichte Leonhard sein berühmtes Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“. Es ist sein Lebensbericht, der nach eigenen Worten zum ersten Mal Einblick in die Bildung und Erziehung der Parteielite in der Sowjetunion und in die sowjetische Nachkriegspolitik in Deutschland gibt. Im Vorwort zu seinem Buch schreibt er:

„Dieses Buch berichtet von meinen Erlebnissen während meines zehnjährigen Aufenthaltes in der Sowjetunion (1935-1945) und meiner vierjährigen Tätigkeit als Funktionär im zentralen Apparat der SED-Führung (1945-1949), von sowjetischen Schulen und Universitäten, von Studenten und Komsomolzen, von den Tagen des Kriegausbruchs in Moskau und vom Leben in der Kriegszeit in Karaganda, von der Ausbildung ausländischer Funktionäre auf der Kominternschule und vom Nationalkomitee Freies Deutschland, von der Gruppe Ulbricht im Mai 1945, von den ersten Schritten der sowjetischen Politik im Nachkriegsdeutschland, vom Aufbau des sowjetzonalen Staatssystems und von der Partei, die heute als die Staatspartei in der Sowjetzone die

Geschicke von achtzehn Millionen Menschen bestimmt.“

Im Staat Sowjetunion und den in ihrem Machtbereich nach 1945 entstehenden Satellitenstaaten war der strikt abgeschottete Bereich der Politik der kritischen Öffentlichkeit des eigenen Landes wie des Auslandes entzogen. Entsprechend groß war daher das Interesse an fundierten Informationen über diese Länder. Besonders krass musste diese Informationslücke über die nun kommunistisch kontrollierte SBZ/DDR im westlichen Teil Deutschlands empfunden werden, war doch hier plötzlich ein Teil des Landes hermetisch abgeriegelt, und war doch die politische Konfrontation hier besonders hart. Systematische und zusammenhängende Darstellungen konnten dabei nur die Überläufer liefern, weil nur sie über ausreichende Kenntnisse von den Ereignissen im inneren, nichtöffentlichen Machtbereich verfügten. Frühe Beispiele solcher Darstellungen sind das Buch von Fritz Löwenthal „Der neue Geist von Potsdam“ (1948) mit seiner Schilderung des Justizwesens in der DDR und Fakten, die er nur aufgrund seiner Position als Leiter der Justizaufsicht hatte sammeln können. Einblick in die Arbeit des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ unter den kriegsgefangenen deutschen Soldaten und Offizieren in der Sowjetunion vermittelte Heinrich Graf von Einsiedels „Tagebuch der Versuchung“ (1950).

Aus dem „Innersten der Macht“ des Sowjetsystems berichtete aber erst Wolfgang Leonhards 1955 erschienenes Buch „Die Revolution entlässt ihre Kinder“, das in der Forschungsliteratur zum Thema Bruch mit dem Kommunismus als „das wichtigste und am weitesten verbreitete Buch dieser Art“ (Hermann Kuhn) bezeichnet wird. In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre waren es vor allem die Enthüllungen über die Kominternschule, die Arbeit des Nationalkomitees in Moskau, über den Einsatz der „Gruppe Ulbricht“ im Nachkriegs-Berlin, über die zielstrebige, manipulative Taktik der kommunistischen Nomenklaturkader bei der Ausschaltung der

Sozialdemokratie, die Leonhards Buch zu einer unentbehrlichen Quelle für die Geschichtsschreibung über die frühen Jahre der DDR macht. Mit einer Gesamtauflage von über eine Million Exemplaren ist es auch bis heute ein Standardwerk geblieben.

Leonhard beschränkt sich in seinem Buch nicht auf die eigenen Erinnerungen an seine Zeit auf der deutschen Schule in Moskau, auf der Parteschule und im Apparat der kommunistischen Partei. Er vervollständigt und ergänzt seine persönliche Erinnerung vielmehr mit Dokumenten, Angaben, die er aus anderen Quellen gewonnen hat. Solche über die eigene unmittelbare Erinnerung hinausgehenden und nachgearbeiteten Teile sind etwa die Artikel der „Prawda“ während der Säuberungen, die Rede Molotows beim Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion, die offiziellen Begründungen über die Komintern-Auflösung, Auszüge aus dem Artikel Anton Ackermanns über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und anderes. Leonhard ergänzt diese Details durch Berichte über die subjektiven Reaktionen auf politische Ereignisse. Sie dienen dem besseren Verständnis der objektiven Entwicklung, aber auch der Entlarvung von KP-Mitgliedern, wie nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Eine Grenze findet solches unmittelbar personenbezogenes Berichten für Leonhard immer dort, wo noch im Machtbereich der Sowjetunion lebende Menschen gefährdet werden könnten. So kann er über oppositionelle Tendenzen im sowjetischen Komsomol nicht detailliert berichten.

Das „Nacharbeiten“ und Überprüfen der eigenen Erinnerung zumindest im Faktischen ist zweifellos ein üblicher Arbeitsgang beim Verfassen einer autobiographischen Schrift, erst recht dort, wo es um einen exponierten politischen Lebenslauf geht: zur Überprüfung der eigenen Erinnerung wie auch zur nachholenden Selbstverständigung über die gesellschaftlichen Hintergründe und Zusammenhänge, die man im unmittelbaren Erleben nicht vollständig wahrnehmen konnte. Dass solche Dokumente bei Leonhard nicht nur

in die Erinnerungen indirekt eingehen, sondern auch im Original mitgeteilt werden, soll den Charakter des Berichtes als historisches Quellenbuch beglaubigen.

Leonhards Buch ist in seiner Struktur einerseits durch seine außergewöhnliche und hervorgehobene Stellung im kommunistischen Machtapparat bestimmt, die ihn zu sonst nicht möglichen Berichten ermächtigt. Aber sofern sie auch eine Lebensgeschichte ist, deren vorläufiges Ende – der Bruch mit der kommunistischen Partei – gerade Voraussetzung für dieses Erzählen ist, ist eine andere innere Struktur für das Buch maßgeblich, die letztlich die Ebene der Enthüllungen nur mittransportiert: die Darstellung des Bruchs mit dem Stalinismus. Leonhard schreibt: „Diese Entscheidung ist das Ergebnis eines jahrelangen, qualvollen Prozesses des Zweifels und der Rechtfertigung, der Gewissensqualen und der konstruierten Theorien zu ihrer Beruhigung“. Hierin aber, in diesem Prozess, ist sein Leben gerade nicht herausragend und einmalig, sondern eher repräsentativ, ein Schlüssel zum Verständnis des Fühlens und Denkens „der neuen Generation der geschulten Parteifunktionäre des Ostblocks“. Man müsse es kennen, wenn man auf diese Generation, die jetzt in die Machtposition einrücke, einwirken wolle. Dieser „operative“ Gesichtspunkt ist bei Leonhard sehr stark. Begeisterung, Engagement, dann auch negative Erfahrungen; Kritik, aber Unterordnung der Kritik unter die positive Gesamthaltung gegenüber der Sowjetunion und der kommunistischen Partei: das ist das Grundmuster, in dem Leonhard in immer neuen Wellenbewegungen auf den Bruch mit der Partei hin erzählt.

Ähnlich wirken die Rückschauen, in denen sichtbar wird, dass die Kritikpunkte früherer Jahre zwar theoretisch irgendwie bewältigt, doch keineswegs völlig erledigt waren. Das zentrale Kapitel „Mein Bruch mit dem Stalinismus“ beginnt mit einer solchen Rückschau, auf der aufbauend dann die unmittelbare Entwicklung, die zum Bruch mit der SED führt, geschildert wird. Leonhards Bericht ist auf den Endpunkt, den Bruch, hin strukturiert, aber dies

zunächst mehr untergründig. Der konkrete Anlass für den Bruch mit der Partei ist die Behandlung der jugoslawischen Frage durch die SED-Führung. Bruch mit der Partei aber bedeutet auch, die Frage der Flucht stellen zu müssen. Denn aus der kommunistischen Partei kann man nicht einfach austreten. Leonhards Buch endet mit der Schilderung dieser Flucht nach Jugoslawien. Im Schlussbild noch einmal die Quintessenz des Lebensabschnittes zusammengefasst, wie ihn Leonard als Gegenstand seines Berichtes gestaltet hat: der Stalinismus hat sich nach zunächst widersprüchlichen Erfahrungen als Irrweg gezeigt, der verhängnisvolle Folgen zeitigt. Aber wenn man ihn verlässt, so Leonhards Überzeugung damals, dann bleiben Marx, Engels, Lenin, es bleibt der jugoslawische Versuch mit der Arbeiterselbstverwaltung. Die Revolution entlässt ihre Kinder heißt das Fazit, sie frisst sie nicht mehr.

Wolfgang Leonhard hat seinen autobiographischen Bericht im Alter von 34 Jahren veröffentlicht. Er umfasst die in hohem Maße politisierte Lebensphase als Parteikader, dessen Leben sich innerhalb der Partei abgespielt und sich auch freiwillig so definiert hat. Über persönliche, private Dinge wird kaum etwas mitgeteilt. Politische Entscheidungen, politische Diskussionen bilden die Punkte der Entwicklung, an denen sie sich verwirrt, verknötet durch irritierende, störende Erfahrungen, oder aber sich löst und beschleunigt – durch neue Hoffnungen, Hoffnungswünsche und schließlich den Bruch mit der SED. Dieses Übergewicht des Politischen ist nicht allein durch die Gattung und den Zweck des Buches bestimmt. Die politische Entwicklung ist für Leonhard in hohem Maße unmittelbar von damaligen politischen Vorgängen und Entscheidungen abhängig gewesen.

Wolfgang Leonhard selbst sagte in einem Rückblick aus dem Jahr 1981 auf die Entstehungsgeschichte des Buches, dass er schon in seinem autobiographischen Bericht den Beginn seiner späteren wissenschaftlichen Kommunismusforschung sehe, dass er hier wie später angesprochen habe sowohl gegen Hassgefühle von blindem Antikommunismus

wie gegen Schönfärberei. Er habe, fügte er abschließend hinzu, nie die Hoffnung auf eine Transformation der bürokratischen Diktatur zu einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz aufgegeben. Es waren wohl stets seine Fairness und sein von Eifer freier Grundton, die Leonhard von nun an seine besondere Glaubwürdigkeit als Schriftsteller und Publizist verliehen.

Von 1956 bis 1958 absolvierte Leonhard Post Graduate Studies unter dem renommierten Ostexperten R.N. Carew-Hunt am St. Anthony's College an der Universität Oxford. In England lernte er, seinen bisherigen Glauben an die Klassiker des Marxismus in Frage zu stellen, und er orientierte sich anschließend neu. 1963 bis 1964 arbeitete er als Senior Research Fellow am Institut für Russlandforschung der Columbia Universität in New York. In den Jahren 1966 bis 1987 lehrte er jeweils im Sommersemester an der Historischen Fakultät der Yale University mit den Schwerpunkten „Geschichte der UdSSR“ und „Geschichte der kommunistischen Weltbewegung“. Aufgrund dieser äußerst günstigen Arbeitsbedingungen an der amerikanischen Elite-Universität konnte er also immer für ein halbes Jahr seiner Forschungsarbeit nachgehen und in der Bundesrepublik seine Bücher schreiben. Immer ging es Leonhard um das, was seit den Kindheitstagen sein Leben bestimmt hatte, um den Kommunismus und die Sowjetunion. Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Krisen und Wandlungen in der Sowjetunion beobachtete und beschrieb er unablässig, nicht nur mit tiefer Sachkenntnis, sondern auch mit Phantasie und Temperament. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen aus jener Zeit zählen „Kreml ohne Stalin“ (1963), „Nikita Sergejewitsch Chruschtschow. Aufstieg und Fall eines Sowjetführers“ (1965), „Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus“ (1975), „Am Vorabend einer neuen Revolution. Die Zukunft des Sowjetkommunismus“ (1975) sowie „Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West“ (1980). 1987 durfte er als offizielles Mitglied der Delegation des Bundespräsidenten Richard von

Weizsäcker zum ersten Mal seit 42 Jahren die Sowjetunion besuchen.

Sein Interesse am zweiten deutschen Staat indes erlosch nie. Fasziniert beobachtete und kommentierte Wolfgang Leonhard dessen Entwicklung, warb für die Unterstützung der Menschen „drüben“ und warnte immer wieder davor, das diktatorische Regime von Ulbricht bis Honecker allzu sehr aufzuwerten. Das trug ihm nicht selten den Ruf eines Entspannungsgegners ein. Den Konservativen war er als Exkommunist nicht ganz geheuer, die orthodoxen Linken, etwa der Marburger Schule, störte seine Detailkenntnis bei ihrer unreflektierten krenphilistischen Option. Doch seit den Ereignissen des Herbstes 1989 hat die historische Entwicklung seine Position eindrucksvoll bestätigt.

1990 erschienen unter dem Titel „Das kurze Leben der DDR“ Leonhards Berichte, Kommentare und Porträts aus vier Jahrzehnten über den ostdeutschen Staat. Sie beruhen auf vielen persönlichen Erinnerungen. Er beherrscht die Quellen und arbeitet sie zielsicher in seine Analysen ein. Der Antifaschismus in der DDR, erläutert Leonhard, war von oben verordnet und blind gegenüber massiven Unterdrückungstendenzen und Rechtsbrüchen im eigenen politischen Lager, da er keine positive Begründung in Liberalität, Freiheits- und Menschenrechten hatte. Weitgehend vergessen und verdrängt wurde dadurch die Existenz eines manifesten Antisemitismus. So waren die Opfer der von Stalin befohlenen Schauprozesse vor allem Juden, und auch die Diskriminierung und Ausbootung der sogenannten „Westemigranten“ Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre in der DDR, war antisemitisch gefärbt. Die Durchführung eines Schauprozesses gegen den jüdischen Kommunisten Heinz Brandt - wie so viele andere - verhinderte keineswegs die SED-Führung unter Walter Ulbricht, sondern der Tod Stalins am 5. März 1953 mit den darauffolgenden Veränderungen in der UdSSR in Richtung auf eine zaghafte Entstalinisierung, die ab 1957 zum Stillstand kam. Die langfristigen historischen Ursachen des Zusammenbruchs der SED-Diktatur sieht Leonhard vor allem in der Zer-



Der Autor

Dr. Martin Rooney, geb. 1948 in Manchester. Studium Germanistik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Birmingham, Mainz, FU Berlin und Bremen. B.A. (Hons.) und Dr. phil. Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen. 1. Vorsitzender der Armin T. Wegner-Gesellschaft 1986 - 1999. Seit 1990 freier Autor, Übersetzer und Erwachsenenbildner in Bremen.

schlagung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, der unabhängigen Gewerkschaften und der freigewählten Betriebsräte. Ulbrichts Direktive von Mai 1945, die Leonhard überliefert, lautete unmissverständlich: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Entsprechend rigoros verfuhr dann auch die kommunistische Nomenklatura gegen die Sozialdemokraten. Die alten bürgerlichen Eliten wurden in die Bundesrepublik vertrieben und durch eine in Abhängigkeit von der SED neu entstehende Oberschicht ersetzt. Mit der Verteufelung der These Anton Ackermanns vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ und der Verkündigung der neuen Parteidoktrin, dass es nur den sowjetischen Weg zum Sozialismus gebe, wurden die Weichen für die Stalinisierung der SBZ gestellt. Entsprechend desolat waren dann auch die Ergebnisse dieses „Kasernen-Sozialismus“. Anschaulich beschreibt Leonhard, wie eine aufgeblähte und unfähige Staats- und Wirtschaftsbürokratie die DDR überanstrengte. In den siebziger Jahren begann die wirtschaftliche Talfahrt.

Seit Ende der 80er Jahre besucht Leonhard regelmäßig die Sowjetunion, dann Russland und einige andere GUS-Staaten. Seit 1993 war er siebenmal als OSZE-Wahlbeobachter bei den Wahlen in Russland, Weißrussland und zuletzt in der Ukraine. Als Ertrag dieser Reisen sind zwei Bücher entstanden, welche die Entwicklungen im vorangegangenen Jahrzehnt nuanciert schildern. In „Die Reform entlässt ihre Väter“ (1994) analysiert er den gewaltigen Transformationsprozess, der 1985 mit der Ernennung Gorbatschows begann und über den August-Putsch 1991 zum Zusammenbruch der Sowjetunion und nach den blutigen Oktoberkämpfen 1993 in Moskau zum unerwarteten Wahlerfolg des Rechtsextremisten Shirinowski führte, der wiederum eine Kursänderung der russischen Politik auslöste. Im Gegensatz zu den fast täglich veröffentlichten Hiobsmeldungen in den westlichen Medien über Russland skizziert Leonhard realistische Zukunftsperspektiven für das Land und unterbreitet Vorschläge, wie der Westen den labilen Reformprozess wirksam unterstützen kann. Wie weit ist Russland auf dem Weg zur Marktwirtschaft? Dieser Frage geht Leonhard in „Spiel mit dem Feuer“ (1996) nach. Die Entwicklung zeigt, so Leonhard, dass westliche Modelle nicht einfach übertragbar sind: Privatisierung, Produktionsrückgang, Rüstungskomplex, Mafia, Altkommunisten und Umweltprobleme haben eine schwer zu durchschauende Dynamik entwickelt. Präzis und übersichtlich beleuchtet der Autor die verschiedenen Wechselwirkungen und Folgen dieser komplexen Prozesse.

In seiner neuesten Buchveröffentlichung „Anmerkungen zu Stalin“ (2009) äußert sich Leonhard mit großer Bestürzung über den neuerlichen Stalin-Kult in Russland. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach Stalins Tod ist, so Leonhard, in Russland deutlich zu spüren, dass eine historische Figur ein makabres Comeback feiert. Die Russen haben den blutrünstigen Diktator zur bedeutendsten Persönlichkeit ihrer Geschichte gewählt, eine gründliche Aufarbeitung seiner Gewaltherrschaft findet nicht statt. Vielmehr

fördert Wladimir Putin die Renaissance Stalins. In einem 2007 von Putin herausgegebenen Leitfaden für den Geschichtsunterricht heißt es: „Stalin verlangte das Unmögliche von den Menschen, um das Maximum zu erreichen.“ Ähnlich den „Anmerkungen zu Hitler“ von Sebastian Haffner, konzentriert sich Leonhard auf das Wesentliche zu Person und Politik Stalins. Er fragt nach den Ursachen von Stalins Aufstieg, analysiert seine Politik und Ideologie. Er sieht in Stalin nicht nur den reinen Machtpolitiker, sondern er untersucht auch die Ideologie des Stalinismus. Insbesondere habe Stalin ein Gespür für die Stimmung der „Masse“ gehabt. Sein Sieg über Trotzki verdanke er im wesentlichen der Tatsache, dass er dem Ruhebedürfnis des Volkes durch „realistische Ziele“ - etwa „die Revolution in einem Lande“ gegenüber der „Permanenten Revolution“ Trotzki - scheinbar entgegenkam. Dass seine Herrschaft dem jungen Sowjetstaat keine Ruhe brachte, sondern totalen Terror, zeigte sich nach 1924 beim Aufstieg des georgischen Schustersohnes zum kommunistischen Diktator. Wie raffiniert Stalin bei seiner Machtübernahme vorging, zeigt Leonhard bei seiner Analyse der Rede Stalins anlässlich der Beisetzung Lenins. Leonhard: „Genau in dem Moment, als die Parteispitze ein Bild der Auflösung bot, stiftete er inneren Zusammenhalt und gab den verunsicherten Genossen neuen Mut.“

Die Kapitel über den Aufstieg Stalins und die „Ideologie“ des Stalinismus sind die interessantesten im Buch. Leonhard konstatiert frappierende Widersprüche zu grundlegenden marxistischen Theorien. Stalin blähte, zum Beispiel, die Bürokratie auf, wo doch Marx und Engels „das Absterben des Staates“ gefordert hatten. Die Edition ihrer Gesamtwerke stellte er ein. Stalin ließ kollektivieren, liquidieren und terrorisieren. Und er verbündete sich mit Hitler: „Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt.“ Interessant auch, warum Stalin nicht auf Widerstand in der leidgeprüften Bevölkerung stieß, als sein Terrorregime immer offensichtlicher wurde. So rechtfertigte er den Terror mit dem angeblich „verschärften Klas-

senkampf“ in der Periode des sozialistischen Aufbaus und gaukelte der Bevölkerung 1945 vor, nach dem Krieg werde sich das Regime liberalisieren - das Gegenteil war der Fall. Nur der Tod Stalins verhinderte eine neue Säuberungswelle, die im Januar 1953 offiziell eingeleitet wurde. Der neuerliche Stalin-Kult lässt einen erschauern. Bleibt zu hoffen, dass Leonhards eindrucksvolle Beschreibung Stalins intensiv gelesen wird - in Deutschland wie in Russland.

Fazit: Der einstige Komintern-Schüler Wolfgang Leonhard ist seit mehr als 60 Jahren Zeitzeuge und Historiker zugleich - und genau deswegen sind Leonhards Werke so ausgesprochen lesenswert. Sein Leben steht für die Kontinuitäten wie für die Brüche des 20. Jahrhunderts. Anlässlich seines 90. Geburtstags haben wir eine ebenso unverwechselbare wie imponierende Lebensleistung zu ehren. Deswegen schicken wir einen herzlichen Geburtstagsgruß in die Eifel nach Manderscheid.

Roland Jahn - der neue Chef

Zum Amtsantritt des neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Auch mehr als 20 Jahre nach der Errichtung der Stasi-Unterlagenbehörde sind persönliche und behördliche Nachfragen nach Aktenauskünften, ist das Interesse von Medien und Öffentlichkeit sowie von Wissenschaft und Forschung ungeschmälert. Das riesige „Rohstofflager“ für die notwendige Aufarbeitung des kommunistischen Regimes in Deutschland (1945 – 1989) wird sicher noch zwei weitere Jahrzehnte gebraucht. Nach jeweils zwei Amtszeiten von Joachim Gauck und Marianne Birthler hat nun Roland Jahn das Amt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR übernommen. Wer ist der neue „Herr der Akten“, der am 14. März 2011 sein Amt angetreten hat?

Von Barbara Szkibik

Schon wieder so ein West-Journalist, dachte ich, als Roland Jahn vom Sender Freies Berlin im Januar 1990 beim Bürgerkomitee in der besetzten Staatssicherheitszentrale in der Berliner Normannenstraße auftauchte. Doch er war mehr als das, wie ich dann von einigen Mitstreitern erfuhr, die mit dem Namen Roland Jahn etwas verbinden konnten.

Roland Jahn aus Jena, Jahrgang 1953, studierte seit einem Jahr Wirtschaftswissenschaften an seiner heimischen Friedrich-Schiller-Universität, als 1976 der kritische Liedermacher und Lyriker Wolf Biermann von den DDR-„Organen“ ausgebürgert wurde - eines der größten Eigentore der Machthaber, wie im Nachhinein festzustellen war. Denn diese Maßnahme löste

eine Protestwelle sondergleichen in Ost und West aus. Nicht nur bekannte Künstler und Intellektuelle solidarisierten sich mit Biermann, auch für die kritische Jugendopposition der DDR, zu der Jahn bereits seit seiner Schulzeit gehörte, wurde die Biermann-Ausbürgerung zu einem Kristallisationspunkt vielfältiger Protestaktionen. Solche kosteten dann auch ihn seinen Studienplatz, er wurde aus politischen Gründen exmatrikuliert und landete „zur Bewährung in der Produktion“ als Transportarbeiter bei Carl Zeiss Jena, freilich ohne seine politische Gesinnung aufzugeben. Er machte weiter, unter anderem mit „staatsfeindlichen“ Traueranzeigen für seinen unter bis heute ungeklärten Umständen 1981 in der Stasi-Haft

ums Leben gekommenen Freund Matthias Domaschk. Auf eine Sympathiebekundung mit der polnischen Solidarnosc folgte 1982 eine mehrmonatige Haftstrafe, die aufgrund von Protesten aus der Bundesrepublik verkürzt wurde. Während der Haft hatte man ihn mit der Lüge, seine Lebensgefährtin und sein Kind befänden sich bereits im Westen, zur Unterschrift unter einen Ausreiseartrag genötigt, den er jedoch nach seiner vorzeitigen Haftentlassung zum Entsetzen der Staatsmacht umgehend zurückzog.

Unbeeindruckt von der Haft setzte er seinen Widerstand fort, insbesondere mit anderen Oppositionellen im Rahmen der Friedensgemeinschaft Jena, einer Gruppierung, die das schützende Dach der Kirche verlassen hatte und Auftritte in der Öffentlichkeit organisierte und die sich nicht im Sinne der scheinheiligen DDR-Propaganda für einseitige Abrüstung der NATO aussprach, sondern sich auch gegen die allgemeine Militarisierung in der DDR und gegen die sowjetischen Atomraketen richtete.

Das war für die Staatsmacht endgültig zu viel. Sie holte aus zur „Operation Gegenschlag“, mehr als 40 Oppositionelle wurden im Mai 1983 in den Westen abgeschoben. Auf persönliche Anweisung von Stasi-Chef Erich Mielke wird Jahn, der sich nicht mit der Ausweisung aus seinem eigenen Land abfinden will, mit brutaler Gewalt festgenommen und regelrecht „entsorgt“. Ein bundesdeutscher Grenzer entdeckt einen jungen Mann in zerrissener Kleidung, eingesperrt in ein Abteil im letzten Wagen eines Interzonenzuges, der eben die Grenze von Ost nach West passiert hatte. Es ist der spektakulärste Fall von Ausbürgerung in den 80er Jahren.

Unfreiwillig in der Bundesrepublik angekommen, stellte Jahn innerhalb kurzer Zeit von Westberlin aus seinen eigenen „Nachrichtendienst“ auf die Beine. Er und andere abgeschobene Oppositionelle, unter ihnen der Schriftsteller Jürgen Fuchs, organisierten den Schmuggel von Geld, Druckmaschinen, Papier, Videokameras, Computern, Flugblättern, verbotenen Büchern und Zeitschriften in die DDR hinein und von brisantem Informationsmaterial



Roland Jahn.

Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft / RBB Kontraste.

wieder heraus. Ihre „Kuriere“ waren Abgeordnete und Diplomaten. Unter anderem entstanden so die spektakulären Aufnahmen von den Leipziger „Montagsdemos“ 1989, die auf allen westdeutschen TV-Kanälen in die DDR zurück gesendet wurden und dazu beitrugen, die Revolution unumkehrbar zu machen.

Der Bürgerrechtler war zum Journalisten geworden. Er produzierte unter Pseudonym für das Magazin „Kontraste“ des Senders Freies Berlin zahlreiche Fernsehbeiträge über Opposition, Menschenrechtsverletzungen, Umweltverschmutzung und den grauen, tristen Alltag in der DDR. Auch die Ost-Berlin-Seite der TAZ wurde von ihm beliefert. Ab 1987 strahlte ein alternativer Westberliner Radiosender unter der Mitwirkung von Jahn regelmäßig die Sendung „Radio Glasnost“ aus, in der auf Tonbandkassetten von Ost nach West geschmuggelte Statements von Regimegegnern und Berichte zu oppositionellen Veranstaltungen veröffentlicht sowie Titel von unerwünschten Musikgruppen gespielt wurden und die hauptsächlich dadurch einem größeren Publikum in der DDR bekannt wurde, dass in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ ein diffamierender Bericht darüber erschienen war. Keine Frage, dass die Staatssicherheit Roland Jahn auch in Westberlin weiterhin beobachtete – säuberlich dokumentiert im Operativvorgang „Weinberg“.

Während der DDR-Revolution berichtete Jahn über Demonstrationen, Stasi-Fälle und den Machterhaltungskampf der SED; bis heute widmet er sich dem Thema Aufarbeitung der SED-Diktatur. Seit 1991 arbeitet der Journalist fest beim Berliner TV-Politikmagazin Kontraste.

Seit 1996 sitzt der Bürgerrechtler im Beirat der Robert-Havemann-Gesellschaft, seit 1999 ist er im Fachbeirat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur tätig. 1998 wird Roland Jahn das Bundesverdienstkreuz, 2005 der Bürgerpreis zur deutschen Einheit verliehen. 2010 erhält er die Dankbarkeitsmedaille der Solidarnosc, wegen der er 1983 ins Gefängnis gehen musste.

Nun ist also Roland Jahn zum Nachlassverwalter ausgerechnet des „Organs“ geworden, das ihm einst so übel mitgespielt hat. An das Amt des Bundesbeauftragten werden hohe Anforderungen gestellt, manche Kritiker haben ihm fehlende Verwaltungserfahrung vorgehalten. Er konterte mit dem Argument, dass die Bundeskanzlerin diese als Physikerin auch nicht hätte. Aber das ist nicht die Kernfrage, zum Verwalten gibt es gut ausgebildetes, erfahrenes Personal. Das Amt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Akten ist ein über alle Maßen politisches Amt, und zwar nicht im parteipolitischen, sondern im Sinne der stetigen Beschäftigung mit dem Thema Demokratie und ihrer Verteidigung. Aufgabe des Bundesbeauftragten ist es, dem Amt neue Impulse zu geben und auf seine jeweils ganz persönliche Art und Weise stetig in der Öffentlichkeit mit dem Thema Diktaturaufarbeitung präsent zu sein. Und darin hat Roland Jahn ganz gewiss Erfahrung.

Die Autorin

Barbara Szkibik war 1990 im Bürgerkomitee für das Zentralarchiv des MfS zuständig und baute später die Gauck-Behörde mit auf. Sie arbeitete dann als Referentin im Innenministerium des Landes Brandenburg, lebt heute bei München und ist Mitglied im Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern).

Das Ostbüro der SPD

100. Geburtstag von Stephan G. Thomas

„Ich gehe zu Schumacher, und du gehst zu Ulbricht, der braucht solche Typen“, mit diesen Worten verabschiedete sich Stephan Thomas bei der Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft von seinem Mitgefangenen Karl Eduard von Schnitzler, dem später führenden Fernsehpropagandisten der DDR. Nach zwei Jahrzehnten Leitung des Ostbüros der SPD war Thomas Chefredakteur des Deutschlandfunks, danach beehrter Gastdozent bei Institutionen der politischen Bildung. Für die kommunistische Seite war er so etwas wie der Teufel in Menschengestalt. Der leidenschaftliche Verfechter der deutschen Einheit verstarb drei Jahre bevor sie eintrat.

Von Wolfgang Buschfort

I. Gründung des Ostbüros

Das SPD-Ostbüro stellt eine Besonderheit in der Parteiengeschichte, aber auch in der deutsch-deutschen Geschichte dar. Es wurde gegründet als Reaktion auf den kommunistischen Machtanspruch im Osten Deutschlands. Die Tätigkeit kann nur verstanden werden aus der speziellen Unterdrückungssituation in der SBZ heraus.

Ausschlaggebend für den Startschuss zum Aufbau war das Gespräch zwischen Abgesandten der SPD in der SBZ mit Kurt Schumacher und Herbert Kriedemann von der West-SPD am 8. Februar 1946 in Braunschweig. Hier wurde deutlich, dass sich eine Vereinigung von SPD und KPD in der Ostzone nicht mehr verhindern ließ. Zurück in Hannover plante Schumacher nun, eine Widerstandsorganisation in der SBZ aufzubauen, die von der West-SPD angeleitet dort den Boden bereiten sollte für eine Wiedezulassung der SPD nach dem Abzug der Sowjets. Vorbild war der Widerstand in der Bismarck- und der Hitlerzeit, nur dass man sich diesmal in einer erheblich besseren Situation wähnte: Immerhin konnte man im Westteil Deutschlands einigermaßen legal arbeiten.

Erste Aufgabe waren Hilfestellungen für geflüchtete Sozialdemokraten. Vor allem die Flüchtlingsbe-

treuung wurde schon während des Vereinigungsprozesses zu einer der zentralen Aufgaben des SPD-Ostbüros. Zu den ersten SPD-Flüchtlings aus der SBZ gehörte auch Rudi Dux, ein sozialdemokratischer Journalist, der als NS-Widerstandskämpfer zwei Jahre inhaftiert war und nach Kriegsende in Magdeburg die SPD mit aufgebaut hatte. Er wurde der erste Leiter dieser Stelle.

Dux schickte Kuriere in die SBZ, um alte Verbindungen zu Genossen aufzunehmen und so herauszufinden, ob es sich bei den eingetroffenen Flüchtlingen tatsächlich um verfolgte Sozialdemokraten handelte. Gleichzeitig nahm man Flugschriften, meist Reden von Schumacher, mit. Schon im Juli 1947 wechselte die Führung. Der Ex-Kommunist Sigi Neumann wurde Ostbürochef. Der Parteivorstand stellte ihm den langjährigen Sozialdemokraten Stephan Thomas, mit bürgerlichem Namen Grzeskowiak, zur Seite, sicherlich auch ein wenig als Aufpasser.

II. Aufbau und erste Rückschläge

Die Vertrauensleute im Osten sollten den Widerstand hochhalten und waren gleichzeitig eine Personalreserve für den Tag der Wiedervereinigung. Dazu sollten sie jedoch vor allem Informationen über die Zustände in der SBZ/DDR beisteuern. Der Vorwurf gegenüber den Vertrau-



Stephan G. Thomas.
Foto: FES/AdsD Archiv der
sozialen Demokratie

ensleuten, eigentlich verkappte Spione gewesen zu sein, trifft nicht zu. „Verrat ist Vertrauensbruch“, diese anerkannte Kurzformel von Margret Boveri erläutert am ehesten die Unsinnigkeit dieser Vorwürfe. „Die Vertrauenswürdigkeit des anderen“, auf der „alles Zusammenleben der Menschen“ beruht, war in der SBZ/DDR nicht vorhanden.

1948 und 1949 waren für die SPD geprägt von Massenverhaftungen. Mehr als 1.000 Verbindungsleute des Ostbüros kamen in Haft oder wurden in die Sowjetunion deportiert. Grund waren mangelnde Konspiration und in einigen Fällen auch Verrat. Vor allem aber wurden die Kuriere, die das SPD-Ostbüro in den Osten schickte, vielfach ab der Grenze beschattet. So erfuhr der sowjetische Geheimdienst, wen diese Personen besuchten. Im Schneeballsystem konnten dann auch viele andere Gruppenmitglieder verhaftet werden, denn teilweise hielten die illegal arbeitenden Sozialdemokraten regelrechte Ortsvereinsitzungen ab und führten sogar Protokoll und Anwesenheitslisten.

Nach diesen katastrophalen Misserfolgen ging Neumann, Stephan Thomas wurde Leiter des Ostbüros. Er stellte die Kontakte auf streng konspirative Basis um. Das Konzept, überall in der SBZ sozialdemokratische Widerstandsgruppen als Keimzellen einer künftigen SPD zu bilden, ließ man fallen. Statt dessen sollten sich die Genossen in der SBZ nur noch individuell an das Ostbüro wenden und seine Zweigstellen oder verabredete Treffpunkte aufsuchen, um Informationen weiterzugeben oder Material in Empfang zu nehmen. Der Kurierverkehr in der bisherigen Form wurde eingestellt. In den darauf folgenden Jahren sind dann etwa zehn bis fünfzehn Genossen pro Jahr verhaftet worden, die mit dem Ostbüro in Verbindung standen.

Mit der Gründung der Staatssicherheit 1950 ergab sich noch kein verschärfter Kampf gegen das Ostbüro. Als Ausgangspunkt einer groß angelegten Verfolgung politischer Widerstandskämpfer kann hingegen der 17. Juni 1953 angesehen werden, der die Notwendigkeit einer stärkeren Durchdringung systemfeindlicher Organisationen aufzeigte. Erstes Ergebnis war der Diebstahl eines internen Verzeichnisses der Gebäude des SPD-Ostbüros, in dem wahrscheinlich auch die Treffwohnungen aufgeführt waren. Und doch: Die Staatssicherheit begann ihre zielgerichtete Arbeit gegen die SPD-Widerstandszentrale mit Fehlinformationen. So wurde zur konzentrierteren Arbeit gegen die SPD 1954 eine „Lektion“ für die Mitarbeiter des MfS erarbeitet,¹ die sich scheinbar auf alte Propagandaschriften aus den 40er Jahren stützte. So bezeichnet das Stasi-Lehrbuch noch 1954 Fritz Heine als Leiter des Ostbüros in Hannover, Erich Ollenhauer und Herbert Kriedemann als wichtige Mitarbeiter und „Brandt, Willy leitet die Zweigstelle des ‚Ostbüros‘ in Berlin“², dies zu einem Zeitpunkt, als der Parteivorstand mit besagten erstgenannten Vorstandsmitgliedern sich seit vier Jahren nicht mehr in Hannover, sondern in Bonn befand, und Willy Brandt lange schon nichts mehr mit dem Ostbüro zu tun hatte.

Aufgrund der Tatsache, dass allein in Berlin zeitweise mehr als 100 Personen fest, auf Honorarbasis

oder gegen Unkostenentschädigung für die verschiedenen Zweigstellen des SPD-Ostbüros arbeiteten, war es für die östliche Seite relativ leicht, Agenten einzuschleusen. Bis weit in die 60er Jahre arbeitete auch in der Bonner Zentrale ein Stasiagent, der sich nach außen als kompromissloser Antikommunist tarnte.

Das Ende des Ostbüros

Das Ende des Ostbüros erklärt sich zum Teil aus der Zersetzungsarbeit des MfS, zum Teil sind aber auch parteiinterne Faktoren ausschlaggebend. Vor allem auf Herbert Wehner war es zurückzuführen, dass die Arbeit des SPD-Ostbüros eingestellt werden musste. Mitte 1966 verließ Stephan Thomas das Ostbüro. Auch hier ist eine deutliche zeitliche Übereinstimmung der Aufgabe der eigenen Tätigkeit mit einem geplanten Redneraustausch festzustellen, nämlich jenem auch nie zustande gekommenen Austausch mit der SED.

Die Arbeit des 1967 in „Referat für gesamtdeutsche Fragen“ umbenannten Ostbüros wurde Zug um Zug eingestellt. Das Ende erfolgte 1971, ein Jahr später meldeten Zeitungen unwidersprochen, der letzte Leiter Bärwald habe jahrelang Interna aus dem Parteivorstand an den Auslandsnachrichtendienst BND geliefert, der es wiederum der CSU zugänglich gemacht habe.

Erfolg oder Misserfolg?

Das Ostbüro ist in Erwartung einer baldigen Wiedervereinigung gegründet worden; diese kam nicht, und so passte es irgendwann, spätestens 1961, nicht mehr in die politische Landschaft. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es das Denken und Hoffen der Menschen in der SBZ/DDR vehement beeinflusst hat. Ab Anfang der 50er Jahre konnte jeder DDR-Bürger durch einen kurzen Spaziergang im Wald oder auf Feldern Flugblätter und Broschüren finden, die monatlich in Millionenaufgabe mit Ballons verbreitet wurden. Allein das SPD-Ostbüro bestritt monatlich mindestens vier Sendungen des RIAS. Jeder kleine und mittlere Funktionär bekam mehrfach im Jahr Broschüren zugeschickt; die Verunsicherung,

das lässt sich aus den Akten des MfS belegen, war immens.

Das Ostbüro der SPD hat hier sicherlich eine erfolgreiche Arbeit geleistet. Zitate der Staatssicherheit hierzu: „Das wesentlichste Moment in der gesamten Tätigkeit des Ostbüros der SPD ist die ausgeklügelte Demagogie, mit der auf die werktätigen Menschen einzuwirken versucht wird. Dadurch übertrifft das Ostbüro der SPD an Gefährlichkeit alle anderen in W[est]D[eu]tschland und W[est-]B[er]lin bestehenden Agentenzentralen.“³ Die Publikationen des SPD-Ostbüros seien „deshalb gefährlich, weil sie einmal in der Sprache der Arbeiter abgefasst sind und in bestimmten Fällen Prognosen über die zukünftige Entwicklung in der DDR enthalten“, stellte das MfS fest. Diese Prognosen könne das Ostbüro „aufstellen, weil sie sehr aufmerksam die Beschlüsse und Verordnungen unserer Partei und Regierung auswerten und somit unsere zukünftige Entwicklung und evtl. Schwierigkeiten die dabei auftreten, einschätzen können.“⁴ Im Gegensatz zu den staatlichen Organen und der Parteiführung der DDR, wie eine Analyse der Staatssicherheit 1957 belegt: „Zu welchen Ergebnissen eine derartige Tätigkeit von SPD-Mitgliedern führt, beweist die Tatsache, dass das Ostbüro der SPD (...) in der Lage war, eine ausführliche Analyse der pol[itisch]-oek[onomischen] Situation des VEB TRO, eines der größten Berliner Betriebe, zu treffen. In dieser Analyse waren Dinge enthalten im Bezug auf die betrieblichen Zustände, die selbst der dortigen Werk- resp. Parteileitung nicht bekannt waren.“⁵

1 BStU, MfS JHS Tgb. Nr. 78/54. Weitere Angaben ebenda.

2 BStU, MfS JHS Tgb. Nr. 78/54, Bl. 5.

3 BStU, MfS, AS 1007/67, Entstehung und Entwicklung des Ostbüros der SPD, 10.10.58, Bl. 9.

4 BStU, MfS JHS Tgb. Nr. 317/58, Bl. 45.

5 BStU, MfS JHS Z Tgb. Nr. 201/57, Lektion: Die Rolle der legalen SPD im demokratischen Sektor von Berlin nach 1945 und der Aufbau und die Tätigkeit der Jugendorganisationen der SPD, Bl. 18.

Der Autor

Dr. Wolfgang Buschfort, Bochum, ist Sozialwissenschaftler und Fernsehjournalist. Eines seiner zahlreichen Bücher: Das Ostbüro der SPD, München 1990.

Leugnung der Verbrechen des Kommunismus

Die reaktionäre Partei „Die Linke“ hat ihre Zukunft bereits hinter sich

Von Waldemar Ritter

Die Maske ist ab. Die Angst geht um bei der Linksaußenpartei. Es ist die Angst vor der Wahrheit, woher diese Partei kommt, wer sie ist und wohin sie geht. Es ist die Angst, jetzt auch von jenen erkannt zu werden, die die Verpackung für den Inhalt hielten. Morgendämmerung: Auf Dauer ist Politik eben doch kein Maskenball.

Die Bundesvorsitzende der Partei „Die Linke“ hat mit ihren Kommunismus-Thesen Entsetzen und Empörung ausgelöst. In der Zeitschrift „Junge Welt“ schrieb Gesine Löttsch: „Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung“.

Kommunismus: Realität der Ausbeutung und Unterdrückung

Auf den Weg machen dorthin, wo sieben Jahrzehnte Unfreiheit, Unrecht und Misswirtschaft durch systemimmanente Ausbeutung regierten, wo Völkermord und Unterdrückung, wo Verbrechen gegen die Menschlichkeit, gegen Minderheiten, gegen soziale, ökonomische und politische Gruppen stattfanden. Wege des Kommunismus, auf denen mit Menschen experimentiert wurde, die millionenfach deportiert, vertrieben und organisiert dem Hungertod ausgesetzt wurden. Wege, die in Umerziehungslagern, in Zuchthäusern, im kommunistischen Genozid, dem Holodomor, in Konzentrationslagern, in Zwangsarbeit, in Folterzellen, im Gulag und in Massengräbern endeten. Wege, auf denen die hinterlassene Blutspur von 94 Millionen umgebrachter Menschen nicht getrocknet ist.



Der Autor

*Dr. rer. pol. Waldemar Ritter, Bonn, Politologe und Historiker.
Foto: Veronika Holzbach*

Wege zum Kommunismus, die zum Albtraum der Menschheit geworden sind.

Gesine Löttsch hatte einen Entwurf, eine Textvorlage, aus der deutlich wurde, dass der Ideologiebegriff „Kommunismus“ ohne geschichtliche Einordnung, das heißt ohne Hinweis auf die Verbrechen, die seinen Weg gepflastert haben, die in seinem Namen begangen wurden, nicht verwendbar ist. Die Vorsitzende der „Linkspartei“ hat den von Michael Brie benannten bolschewistischen Terror herausgestrichen und dessen Opfer mit keinem Wort erwähnt. Die damit verbundene Leugnung der kommu-

nistischen Massenmorde, der kommunistischen Greuel, der totalitären kommunistischen Diktatur hat sie nach der öffentlichen Empörung, zum Teil aus der eigenen Partei, auf die Nach-Stalin-Zeit beschränkt. Als ob es da nicht die mit Panzern nieder gewalzten Aufstände 1956 in Ungarn und 1968 in Prag (Sozialismus mit menschlichem Anlitz) oder 1980 die brutale Gewalt gegen das polnische Volk und Solidarnosc gegeben hätte. Als ob Staaten und Völker in der ehemaligen Sowjetunion und Mitteleuropa bis 1989 nicht von Kommunisten unterdrückt wurden. Als ob es das Pekinger Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens 1989 nicht gab. Als ob es die Mauertoten und die Folterkeller bis zur Revolution in der DDR nicht gegeben hat. Als ob es nach Stalin nicht weitere kommunistische Massenmörder, wie Mao Zedong oder Pol Pot, gegeben hat. Als ob der Kommunismus nicht eine reale, das heißt, eine brutale, unmenschliche, blutige Geschichte hat. Die sowjetischen Archive wurden in den 90er Jahren geöffnet, und der Wissenschaft und Forschung ist es gelungen, die Logik des lange als irrational geltenden Vernichtungsfeldzuges Stalins gegen die eigene Bevölkerung nachzuvollziehen. Die Frage von Ernst Bloch ist beantwortet: Stalin hat den Kommunismus zur Kenntlichkeit gebracht. „Die Ideologie!“ hat Solschenizyn unterstrichen, „Sie ist es, die der bösen Tat die gesuchte Rechtfertigung und dem Bösewicht die nötige zähe Härte gibt. Jene gesellschaftliche Theorie, die ihm hilft, seine Taten vor sich und den anderen rein zu waschen, nicht Vorwürfe zu hören,

nicht Verwünschungen, sondern Huldigungen und Lob.“

Wie es dazu in der Linksaußenpartei aussieht, zeigt die Warnung des letzten SED-Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, unmittelbar nach den Äußerungen der Gesine Lötzs: „Die Linkspartei sollte nicht hinter den 20. Parteitag der KPdSU zurückfallen, auf dem Stalins Verbrechen mit deutlichen Worten verurteilt wurden.“ Auf dem Moskauer Parteikonvent im Frühjahr 1956 hatte Nikita Chruschtschow die Delegierten in einer fünfständigen Geheimrede über die Verbrechen und Gräueltaten seines Vorgängers Stalin aufgeklärt. Die Konsequenzen haben nach über 30 Jahren erst die größte Revolution seit 1789 und Gorbatschow gezogen.

Nein, Stalin war kein „Ausrutscher“ auf einem „an sich guten Weg“. So ähnlich mögen viele unter Schock stehende Kommunisten in der ganzen Welt nach dem XX. Parteitag gedacht haben, aber die große Zahl der Abtrünnigen („Disidenten“) – Jahrzehnt um Jahrzehnt kamen neue hinzu – ging viel weiter. So auch Milovan Djilas aus dem engeren Führungskreis der jugoslawischen Kommunisten. Bereits in den 1950er Jahren unterzog der sprachgewaltige Schriftsteller das kommunistische System einer Fundamentalkritik. Tito musste seinen Freund fallen lassen, wenn die privilegierte herrschende Schicht, die Djilas als „neue Klasse“ zu demontieren begann, die bisher unumstrittene Führungsrolle des hoch verdienten Marschall Tito nicht in Frage stellen sollte. Djilas erhielt Schreibverbot und wanderte ins Gefängnis. Doch er setzte noch eins drauf: 1957 war das serbische Manuskript der „Nova Klasa“ fertiggestellt. Es erreichte den Verleger in New York „zusammen mit der Botschaft des Autors, es so rasch wie möglich zu veröffentlichen, ohne Rücksicht auf die Folgen, die eine Veröffentlichung nach sich ziehen würde“ (so berichtet der kurz zuvor aus der DDR geflüchtete Ex-Kommunist Alfred Kantorowicz in der Einführung zur deutschen Ausgabe des damaligen Bestsellers von Milovan Djilas: Die neue Klasse). Das angebliche Volkseigentum

an den Produktionsmitteln (Kapital) war tatsächlich in den Händen der zuständigen Kader in Partei, Staat und „volkseigener“ bzw. „sozialistischer“ Wirtschaft, die vom Politbüro der herrschenden Partei eingesetzt waren und sich zu einer neuen, nicht Eigentümer-, sondern Besitzerklasse mauserten. Nach Djilas besteht der Kommunismus aus drei Hauptfaktoren der totalitären Kontrolle über das Volk: Macht (mit all ihren „Organen“), Besitz (Managermacht), Ideologie. Sie sind das Monopol der Partei oder eben der „neuen Klasse“. Mit vielen weiteren Jahren Gefängnis vor Augen und nur wenige Monate oder Wochen nach der sowjetischen Niederschlagung der ungarischen Revolution schließt Milovan Djilas das Hauptkapitel seines Buches – mehr als drei Jahrzehnte (!) vor 1989 – mit einer zur damaligen Zeit erstaunlichen, aber doch logisch nachvollziehbaren Zuversicht: „Wenn die neue Klasse von der Bühne der Geschichte abtritt – das muss einmal geschehen –, dann wird weniger Trauer über ihren Abgang herrschen als über den jeder anderen Klasse zuvor: Indem sie alles unterdrückte, was ihrem Egoismus nicht förderlich war, hat sie sich selbst zur Niederlage und zu schmachvollem Untergang verurteilt.“

Kommunismus als Experiment?

Der Frau Lötzs und ihrer Partei sei gesagt: Wir Menschen leben nicht auf Probe. Die Opfer der verschiedenen Kommunismuswege wurden nicht virtuell, sie wurden wirklich umgebracht, fast drei Generationen, die durch die Machtausübung auf der Grundlage kommunistischer Irrlehren leiden und bezahlen mussten. Sie wurden um ihr Leben gebracht. Sie hatten wie alle Menschen kein zweites Leben im Kofferraum. Und die Vorsitzende der „Linkspartei“ will zwanzig Jahre nach der Revolution in der DDR und in Mitteleuropa und 65 Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur zurück, um wieder Wege zum Kommunismus auszuprobieren. Sie will sich an Edisons Methode des „trial and error“ ein Beispiel nehmen. Das Beispiel heißt „Ich bin nicht gescheitert. Ich kenne jetzt 10.000 Wege, wie man

keine Glühbirne baut“. Hat diese Parteivorsitzende der „Linken“ den Unterschied zwischen einer zerstörten Glühbirne und einem Menschenleben nicht verstanden, nicht verstehen wollen? Und hat sie deshalb die Analyse des Michael Brie, eines der wenigen Nachdenker in der „Linkspartei“, nicht begriffen? Brie schrieb schon vor fünf Jahren in einem Aufsatz mit dem Titel: „Was hätte Rosa gesagt?“ seiner Partei ins Stammbuch: *„Es gab in der Linken immer eine Strömung, die um der Erreichung sozialer Ziele (... ..) willen bereit war, die politische Freiheit einzuschränken oder ganz zu unterdrücken. Dies ist die Tendenz zu einem sozial orientierten Autoritarismus, die in eine sich sozial legitimierende Diktatur übergehen kann und historisch auch übergegangen ist. Und diese Diktatur ist dann wiederum unter bestimmten Bedingungen in eine totalitäre Herrschaft umgeschlagen, die die Menschheitsvernichtung im Namen des Sozialismus einschloss.“*

Zur Zeit gibt es noch drei „Experimente“ auf unserer Erde: China, Kuba und Nordkorea. In Nordkorea ist der Kommunismus auf dem Weg in die Steinzeit. Das letzte „Dschungelcamp“ wurde von RTL als „Nordkorea-Wochen“ angekündigt: Misstrauen, Isolation, Hungerreis und Mehlwürmer. In Kuba sind die Armut und das Elend der Menschen so weit fortgeschritten, dass selbst Fidel Castro seinen 50-jährigen Weg für einen Irrtum gehalten hat. Und in China wurden zuerst 60 Millionen Menschen umgebracht und nach dem darauf folgenden Massaker in Peking ein Weg begangen, der direkt in einen staatsmonopolistischen Frühkapitalismus führte. In der Gegenwart ist kein Land bekannt, das in Methode, Form und Inhalt kapitalistischer ist als China. Nicht nur wegen der Akkumulation des Kapitals, nicht nur weil dort die 70-Stunden-Woche nichts besonderes ist oder weil es ein Land mit den meisten Millionen und 160 Millionen ausgebeuteten „Wanderarbeitern“ ist, die nichts zu verlieren haben als ihre Ketten und ihren Schlafsack. Es ist auch ein Land, das – als zweites

nach Nazideutschland 1936 mit dem inhaftierten Carl von Ossietzky – einen Friedensnobelpreisträger, Liu Xiaobo, im Zuchthaus gefangen hält.

Aber die Vorsitzende der Linksaußenpartei will wieder Wege zum Kommunismus ausprobieren. Exemplarisch: Lenin hatte dazu unter der bezeichnenden Überschrift „Wie soll man den Wettbewerb organisieren?“ ganz konkrete Wege in den Kommunismus benannt und ausprobiert: *„Tausenderlei Formen und Methoden der Rechnungsführung und Kontrolle in der Praxis über die Reichen, über die Gauner und Müßiggänger müssen von den Kommunen selbst, von den kleinen Zellen in Stadt und Land ausgearbeitet und in der Praxis erprobt werden. Mannigfaltigkeit ist hier eine Bürgschaft für Lebensfähigkeit, eine Gewähr für den Erfolg bei der Erreichung des gemeinsamen, einheitlichen Ziels: der Säuberung der russischen Erde von allen schädlichen Insekten, von den Flöhen, den Gaunern, von den Wanzen, den Reichen usw. usf.. An einem Ort wird man zehn Reiche, ein Dutzend Gauner, ein halbes Dutzend Arbeiter, die sich vor der Arbeit drücken (...) ins Gefängnis stecken. An einem anderen Ort wird man sie die Klosetts reinigen lassen. An einem dritten Ort wird man ihnen nach Abbüßung der Freiheitsstrafe gelbe Pässe aushändigen, damit das ganze Volk sie bis zu ihrer Besserung als schädliche Elemente überwache. An einem vierten Ort wird man einen von zehn, die sich des Müßiggangs schuldig machen, auf der Stelle erschießen. An einem fünften Ort wird man eine Kombination verschiedener Mittel ersinnen und z.B. durch eine bedingte Freilassung eine rasche Besserung jener Elemente unter den Reichen, den bürgerlichen Intellektuellen, den Gaunern und Rowdys erzielen, die der Besserung fähig sind“* (Prawda 20.1.1929 und Lenin, Ausgewählte Werke, Band II, Moskau 1947). „Stalin und seine Henker“ haben das nicht nur auf diesen Wegen fortgesetzt. Der britische Historiker Donald Rayfield schreibt: *„Im Jahr 1937, etliche Jahre vor Hitler, setzte Stalins NKWD – das Polizeinstru-*

ment seines Terrors – Vergasung als Mittel der Massenhinrichtung ein: Lastwagen mit Werbeplakaten für ‚Brot‘ fahren kreuz und quer durch Moskau und pumpten unterdessen die Auspuffgase in den Laderaum, wo nackte Häftlinge bündelweise zusammengebunden lagen, bis die Ladung bereit für die Leichengrube war.“

Lenin und Stalin zeigen mehrere Wege zum Kommunismus und Hitler scheint von ihnen gelernt zu haben. Jüdische Pässe mussten in der Nazidiktatur mit dem Buchstaben „J“ abgestempelt werden und alle Juden ab sechs Jahren mussten den gelben Stern tragen. „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ kamen bei den Nationalsozialisten ins Gefängnis oder in Konzentrationslager. Wer „ohne Berufs- und Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet“, konnte nach dem nationalsozialistischen Grunderlass „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ vom 14. Dezember 1937 in ein Konzentrationslager eingeliefert werden. Allein im Rahmen der im Juni 1938 folgenden Aktion „Arbeitsscheu Reich“ und einem Heydrichbefehl wurden über 10.000 Menschen zur Zwangsarbeit in Konzentrationslager gebracht, die der Disziplinierung „subproletarischer Gruppen“ und der Arbeitskräftebeschaffung dienen sollten. Dazu gehörten Landstreicher, Widerstandsleister, Bettler, Zigeuner, Prostituierte, Zuhälter, Körperverletzer, Hausfriedensbrecher, Trunksüchtige, Personen mit Geschlechtskrankheiten und alle vorbestraften männlichen Juden. In der SED-Diktatur wurde derjenige, „der das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Sicherheit gefährdet, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht“, mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren, im Wiederholungsfall bis zu fünf Jahren belegt. Bis ins Detail, bis 1989/90, galt dieser Weg des § 249 im Strafgesetzbuch der DDR.

Zwanzig Jahre Anstrengung der Protagonisten der „Linkspartei“, vom SED-Image weg zu kommen, sind durch die Offenheit der Gesine

Lötzsch über den Haufen geworfen. Auch Karl Liebknecht würde ihr vorhalten: „Aufrichtigkeit ist die höchste Form der Dummheit“. Das Desaster und die Angst der Linksaußenpartei sind unüberhörbar und unübersehbar, in der Mitgliedschaft und an der Spitze. Das bisherige Papageiengeplapper der Mitläufer ist kaum noch zu hören. Und: Es gab bisher noch nie so viele Eiertänze wie die des Gregor Gysi, den Klaus Peymann politisch sehr nachsichtig einen „abgewrackten Fernsehmoderator“ nennt oder des Klaus Ernst, dem nur noch seine extrovertierte Sprücheklopferi verbleibt, und Lafontaines, der jetzt nicht einmal mehr seiner Charakterisierung durch Willy Brandt als Mussolini-Napoleon-Verschnitt gerecht werden kann. Nur noch einige Stasileute denunzieren sich offen mit Äußerungen wütender Tobsucht.

Ein alter Witz geht so: Als ein ahnungsloser Mensch vernahm, dass der Kommunismus ein Experiment sei, fragte er verwundert: „Aber warum hat man ihn denn nicht wie jedes Experiment erst an Tieren ausprobiert?“

Was könnten die Wähler erwarten?

Ein wenig ironisch gesagt: Wir können Frau Lötzsch für ihre unbedachte Offenheit dankbar sein. Bisher haben viele Wähler die Linksaußenpartei als Zeichen ihres Protestes gewählt oder allenfalls, weil sie einige ihrer punktuellen Forderungen gut hießen. Jetzt wissen sie, wie das volle Programm aussieht. Auch praktisch krankt die neokommunistische „Strategie“ an vielem, auch daran, dass sie die wachsenden internationalen Zusammenhänge einfach ausblendet. Oder will sie zurück zu Stalins Motto: „Sozialismus in einem Land“? Ob das wohl ohne eine erneute Mauer gehen könnte? Die Kernfrage ist jedoch, ob die Wähler das wollen, ob sie dem demokratischen Versprechen trauen möchten. Die hypothetische Frage ist auch, ob die demokratischen Parteien still hielten? Dennoch sollte man die Szenarien des beabsichtigten Experiments prüfen, quasi als Planspiel zu Ende denken.

Frau Löttsch will mehrere Wege zum Kommunismus ausprobieren. Das könnte sie aber nur, wenn sie eine Mehrheit haben sollte. Somit hofft sie mit den Betonköpfen, dass Krisen sich verstärken und die EU daran zerbräche. Aber was wäre, wenn der erste Versuch ihres Rezepts scheitert? Würden sie und ihre Partei das dann selbst korrigieren? Wer trüge dann die Kosten? Oder würde die Linksaußenpartei, was wahrscheinlicher ist, das Scheitern gar nicht erst eingestehen wollen und stur auf dem falschen Weg weiter gehen? Klaus von Dohnanyi hat am 13. Januar 2011 bei Maybritt Illner zu Recht auf diese Eigendynamik eines einmal begonnenen Prozesses hingewiesen. Konkret: Welcher Politiker wird sich schon selbst bezichtigen, einen zentralen Fehler gemacht zu haben! Würde dann die „Linkspartei“ nicht versucht sein, mit aller Macht Recht zu behalten? Und wird man das „mit aller Macht“ nicht auch ganz wörtlich zu verstehen haben? Sie beruft sich ja ausdrücklich auf Rosa Luxemburgs Forderung, eine einmal erreichte Position im Staat mit Zähnen und Nägeln zu verteidigen! Wie würde sie also bei der folgenden Wahl ein neues Mandat für ein neues Experiment zu erringen hoffen? Würde die Wahl noch demokratisch sein können? Die Bewunderung der Linksaußenpartei für den venezolanischen Machthaber Hugo Chavez spricht ebenso dagegen, wie ihre Einäugigkeit in der Extremismus-Auseinandersetzung und ihr Beschönigen, Bagatellisieren, Verschweigen und sogar Bestreiten schwerer Menschenrechtsverletzungen durch „linke“ Diktaturen. Frau Löttsch, die gute Kontakte ins Lager der Ex-Stasi-Leute hat, könnte versucht sein, sich dort Rat und Hilfe zu holen. Mit „Zähnen und Nägeln“.

Was hätten wir zu erwarten, wenn diese Partei - nicht nur im Bund, sondern wohl auch in mehreren Bundesländern die Ressorts Inneres und Bildung mit allen ihren Macht- und Einflussmöglichkeiten hemmungslos nutzen könnte? Und wenn sie auf der außerparlamentarischen Schiene die „Massen“ zielgerecht mobilisierte? Das war es ja, was

Rosa Luxemburg wollte. Irgendein Thema würde sich schon finden, um Bündnisgenossen zu gewinnen und Nichtkommunisten einzuschüchtern.

Kommunismus ist Antidemokratie

Das Gedächtnis der Gesine Löttsch sollte ausreichen für eine Erinnerung daran, was Ulbricht den kommunistischen Genossen einst empfohlen hat: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Im Schulungsmaterial der SED klingen die Anweisungen für die „Agitprop“-Arbeit verschraubter. So heißt es beispielsweise unter dem Titel „Demokratischer Sozialismus – Schein und Wirklichkeit“ in einem selbstverständlich vom ZK der SED absegneten Büchlein von 1975: „... dass die rechten sozialdemokratischen Ideologen und Politiker ihren demokratischen Sozialismus der strategischen Defensivposition des Imperialismus im Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus anpassen. Ein Blick in die Geschichte des ‚demokratischen Sozialismus‘ zeigt, dass seine objektive Funktion schon immer darin bestand, als ideologische Waffe der Bourgeoisie in deren Kampf gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus zu dienen“. Gilt diese erbärmliche Skizzierung durch eine Partei, auf deren Weg des Kommunismus die Arbeiter systembedingt ausgebeutet wurden, was schon am 17. Juni 1953 zum Arbeiter- und Volksaufstand in der DDR führte, noch heute? Oder heute wieder? Oder was sonst? Darüber haben die Verantwortlichen der „Linkspartei“ offenbar noch nicht nachgedacht, auch nicht darüber, was demokratischer Sozialismus, was Volkssouveränität, was Aufklärung, Fortschritt und Gerechtigkeit als ständige Aufgabe wirklich bedeuten.

Einen demokratischen Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie, ohne freie Öffentlichkeit, ohne Grund- und Menschenrechte, die der Staat nicht zu gewähren, sondern zu schützen hat, ohne freie Wahlen, ohne freie Abstimmungen des Volkes, ohne frei gewählte Parlamente und Regierungen, die gewählt

und abgewählt werden können, ohne Gewaltenteilung und Gleichheit vor dem Gesetz gibt es nicht. Es gibt keinen Mittelweg zwischen Demokratie und Diktatur, keinen Mittelweg zwischen Demokratie und Kommunismus oder Nationalsozialismus, keinen Mittelweg zwischen Demokratie und „fascismo rosso“, wie Ignazio Silone schon 1936 den Kommunismus bezeichnete. Silone: „Wenn der Faschismus einmal wiederkehrt, wird er nicht so dumm sein zu sagen, er wäre der Faschismus. Er wird sagen, er sei der Antifaschismus“. In einem offenen Brief an die in Moskau erscheinende, von Bert Brecht und Lion Feuchtwanger herausgegebene Exilzeitschrift „Das Wort“ schreibt er 1936: „Was wir vor allem brauchen, ist eine andere Art, das Leben und die Menschen zu betrachten. Ohne diese andere Art ...würden wir selber Faschisten werden, meine lieben Freunde, nämlich: rote Faschisten! Nun, was ich Ihnen ausdrücklich erklären mußte, ist, daß ich mich weigere, ein Fascist zu werden, und wenn es auch ein roter Fascist wäre.“ Ähnlich der erste Vorsitzende der SPD nach 1945, Kurt Schumacher, der zehn Jahre in Konzentrationslagern der Nazis saß - er hat die Kommunisten „rot lackierte Nazis“ genannt. In der Weimarer Republik hat das Zusammenwirken zwischen „Nazis und Kozis“ nicht nur zum Untergang der ersten deutschen Demokratie beigetragen, von den negativen Mehrheiten der Nationalsozialisten und Kommunisten in Reichstag bis zum gemeinsamen Berliner Verkehrsstreik von 1932 mit dem NS-Gauleiter Joseph Goebels, der 1933 der Reichspropagandaminister Hitlers wurde, und dem Berliner KPD-Chef Walter Ulbricht, dem späteren Gründer der DDR an der Spitze. Der kommunistische Abgeordnete Kurt Sindermann erklärte im sächsischen Landtag sogar ganz offen: „Bolschewismus und Faschismus haben ein gemeinsames Ziel: die Zertrümmerung des Kapitalismus und der Sozialdemokratischen Partei“. Wir sehen: Die Wege in den Kommunismus können überall hin führen, aber nicht in sein Gegenteil, die Demokratie einschließlich der Strömung des demokratischen Sozialismus.

Lehren aus der Jahrhundertkonfrontation von Demokratie und Kommunismus

Heute, im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, leben wir in der Epoche, in der der Kommunismus, d.h. die totalitäre Herrschaft der mit Lenins Lehre ausgestatteten „Parteien neuen Typs“, in Europa vorüber ist. Das Volk selbst entmachtete das hinreichend durchgerostete alte Herrschaftssystem und ersetzte es durch freiheitliche demokratische Verfassungen. Diese gewaltige Errungenschaft lassen sich die Völker der gelungenen demokratischen Revolution nicht mehr nehmen, schon gar nicht durch konterrevolutionäre Fantasien der deutschen „Linkspartei“.

Auf ihrer Suche nach „Wegen zum Kommunismus durch Ausprobieren“ ignoriert die Partei mit den häufig wechselnden Namen die Geschichte des 20. Jahrhunderts, des „Jahrhundert der Diktaturen“. Die Vorsitzende der Linksaußenpartei hat den kommunistischen Terror in ihrer Rede nicht einmal erwähnt. Dies geschah nicht aus Vergesslichkeit, sondern in der zielgerichteten Absicht, die fundamentalistischen Gruppen und Sekten einschließlich DKP innerhalb und außerhalb der „Linkspartei“ nicht zu verschrecken, sondern im Gegenteil an „Die Linke“ irgendwie zu binden. Um einer taktischen Frage willen tat die Vorsitzende Löttsch so, als befände sich die Menschheit nicht im Jahre 2011, sondern vor 1903, dem „Urknall“ der nicht nur philosophischen, sondern auch blutigen Langzeitauseinandersetzung zwischen totalitärem Leninismus-Stalinismus und freiheitlicher Demokratiebewegung, damals dargestellt durch das Schisma von Bolschewiki (später KPdSU) und Menschewiki (russische Sozialdemokraten). Die Sozialdemokraten ließ bereits Lenin politisch und physisch buchstäblich ausrotten, soweit sie nicht ins Exil entkommen konnten. Der kommunistische Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie machte an den sowjetischen Grenzen nicht halt. Besonders auf die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten hatte es Lenin abgesehen. Die SPD hatte ihm die erstrebte kommunistische Machtergreifung in Deutschland vermasselt

und in einer Koalition mit dem (katholischen) Zentrum und den (liberalen) Demokraten eine anfänglich durchaus stabile parlamentarische Demokratie, die „Weimarer Republik“ geschaffen. An der Zerstörung der Demokratie von Weimar wirkten die deutschen Kommunisten (KPD) ebenso eifrig mit wie die NSDAP. Auf Weisung Stalins ernannten sie die SPD zum „Hauptfeind“. Der „Sozialfaschismus“ der SPD sei gefährlicher als der eigentliche Faschismus, bzw. Nationalsozialismus. Jetzt komme zwar Hitler, aber der werde sich nicht lange halten und „danach kommen wir“, behauptete die KPD. Auch während des Hitler-Stalin-Pakts (1939 – 1941) verhielt sich die im Moskauer Exil weilende KPD-Führung völlig Kremlkonform. Vor diesem Hintergrund ist der „Antifaschismus“ der KPD-Führung wenig glaubwürdig. Dennoch war es der Antifaschismus-Mythos der SED, durch den das in Sachen Geschichtsklitterung begabte DDR-Regime ein paar Punkte bei der eigenen Bevölkerung sammeln konnte. Wenn die heutige „Die Linke“ ein paar Pluspunkte riecht, und seien diese auch nur erschwandelt, dann ordnet sie sich ganz gern in diese Tradition ein. Die „Linkspartei“ jongliert mit Begriffen, so auch mit dem Begriff, um den es hier hauptsächlich geht: Kommunismus.

Ein Streit um die „richtige Definition“ politisch-historischer Begriffe führt in der Regel zu keinem brauchbaren Ergebnis – besonders dann nicht, wenn so unterschiedliche Interessen und politische Grundeinstellungen im Spiel sind wie in diesem Falle. Sinnvoll ist es aber, dass Autoren sagen, was sie unter einem in Rede stehenden Begriff verstehen und ihn dann wenigstens im gleichen Artikel auch durchgehend im gleich bleibenden Verständnis verwenden. Wie am Anfang dieses Abschnitts schon angedeutet, wird hier unter Kommunismus verstanden: sowohl die totalitäre Herrschaft der mit Lenins politischen Lehren ausgestatteten „Parteien neuen Typs“ als auch die entsprechenden Bestrebungen, Bewegungen, Parteien, Ideologien und ideologischen Restbestände innerhalb von demokratischen Verfassungsstaaten.

Die Linksaußenpartei kommt mit ihrer Suche nach Wegen zum Kommunismus hundert Jahre zu spät. Die Wege sind gegangen worden, die Wege sind ausgetreten, an den Wegrändern liegen die Gräber von 94 Millionen ermordeter Menschen, liegen die unzähligen Unterdrückten, Gequälten, die Erniedrigten und Beleidigten. Wege grausamer Verbrechen im Namen eines ideologisch angekündigten Paradieses auf Erden. Wenn Gesine Löttsch und ihre weniger gesprächigen Genossen diese Wege noch einmal gehen wollen, so sind das reaktionäre Rückwege in ihre Zeit, die nicht unsere Zeit, nicht die Zeit der Demokraten war.

Mobilisierung der Demokratie

Am letzten Tag der DDR, dem 2. Oktober 1990, hatte ich ein langes Gespräch mit dem Dramatiker Heiner Müller über die erste erfolgreiche Revolution in Deutschland. Eine Revolution für Freiheit und Demokratie, für die Einheit Deutschlands und für Europa. Eine Revolution gegen die SED und ihre totalitäre Diktatur in der DDR. Wir haben uns an Bert Brecht und den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 erinnert. Brecht, der damals der SED als Lösung vorgeschlagen hatte, „die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes“. Und wir haben über Karl Marx und seine Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie gesprochen: „Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift“, wenn es darum geht, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Genauer, zutreffender hätten die Zustände der „real existierenden sozialistischen“ Wege der SED zum Kommunismus und der diese Zustände und Wege beendende Schrei des Volkes, das seinen Namen rief, nach Freiheit und Demokratie als die entscheidenden Gründe für die Revolution in der DDR und in Mitteleuropa, nicht beschrieben werden können.

Was gegenwärtig aus der SED-Nachfolge-Partei „Die Linke“ zu sehen ist, ist die Realität einer sub-

stanzial verfassungsfeindlichen Partei, die immerhin im Deutschen Bundestag und in zwei Landesregierungen sitzt. Es ist eine Partei, die Wege zurück in das System vor der friedlichen Revolution 1989/90 sucht. So sieht eine reaktionäre, aber keine linke Partei aus. „Die Linke“ ist nur ein weiterer Etikettenschwindel der KPD-SED-Fortsetzungspartei, was sich sogar aus ihrem Programmtext ableiten lässt. Auch juristisch gilt, was die „Linkspartei“ 2009 vor Gericht selbst eingestehen musste: „Die Linke‘ ist rechtsidentisch mit der ‚Linkspartei.PDS‘, die es seit 2005 gab, und der PDS, die es vorher gab, und der SED, die es vorher gab.“

Die aktiven Demokraten in unserer Republik müssen sich aufrufen, dieser Partei ihren eigenen Spiegel öffentlich vorzuhalten. An den Wegweisern ins Morgen, an den Kreuzungen der Zukunft lehren die Toten die Lebenden: Wehret den Anfängen! Nie wieder Wege in den Nationalsozialismus! Nie wieder Wege in den Kommunismus! „Du bist nichts, die Nation ist alles“, lautete die Grundideologie des Nationalsozialismus; „Du bist nichts, das Kollektiv ist alles“ die des Kommunismus.

Bis auf herausragende Ausnahmen sind in deutscher Wissenschaft, politischer Bildung und Publizistik die Wege des Kommunismus nicht aufgearbeitet. Ständige Aufgabe ist es nicht nur, mehr Demokratie zu wagen, wir müssen mehr Demokratie praktizieren und nicht weniger. Achtundachtzig Prozent unserer Bevölkerung wollen die „Linkspartei“ nicht. Das ist aber nur die Momentaufnahme der letzten Bundestagswahl 2009, in Wirklichkeit sind es mehr. In einem Land der Aufklärung müssen wir vor allem den Nichtwählern überzeugend darstellen, warum es gut und wichtig ist für unser Land, unsere Republik, zur Wahl zu gehen und die Etikettenschwindelpartei friedlich aus dem Parlament hinaus zu wählen. Damit würdigen wir zugleich die Revolution in der DDR sowie in Mittelosteuropa 1989/90, und wir ehren die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft – so steht es seit 1990 auf dem Denkmal in Bautzen – auch durch die demokratische Aktion.

IM, a.D.

Von Lutz Rathenow

*Die schönsten Berichte schreibt er jetzt,
frei, von der Verpflichtung zu schreiben,
von der Angst, nicht alles zu schreiben,
beim Notieren entdeckt zu werden. Frei
von der Arbeit und den Arbeitern, über die
er Texte verfasste - endlich befreit:
von Mitarbeitern, die kamen und lasen.
Und ließen zurück keinen Durchschlag.
Ein wenig Konfekt, Weinbrand, viel Lob
und neue Fragen: ihm zur Antwort aufgetragen.
Auf Arbeit hielt ihn diese Arbeit.
Träge und grob die Tage, ein wenig Streit
belebte ein wenig - heute erst kennt er
das Wort Zersetzungsmaßnahme. Ich bin
ein Spitzel, schreibt er auf Blätter,
die er immer zerreißt. Und die Schnipsel
in den Abfall, damit sie in Gesellschaft sind.
Einmal hätten sie ihn fast - heute stoppt jeder,
humpelt er auf die Fahrbahn zu.
Sprüht auf die Straße: Warum überfährt mich
keiner! Die einen wollen die alte Führung
hängen, andere wünschen der neuen den Strick.
Keiner beginnt bei sich, um mit einem Beispiel
voranzubaumeln. Er sitzt wieder da, notiert
Einzelheiten seines Versagens: Ich sitze da
und zersetze mich fort. Kritzelt mit der Hand
auf das Papier. Ja keine Disketten oder
Speicher, abzapfbar und höchst unsicher.
Wenn alles wieder mal ganz anders kommt,
dürfte er einer der ersten gewesen sein,
der ahnte, dass alles wieder mal anders
kommt. Und wenn alles mögliche kommt,
nur nichts gänzlich anderes, bleiben ihm
die Zeilen, in denen er herumstreicht,
korrigiert, neu zu formulieren beginnt...
Jetzt erst bekommt er den Blick für alles,
Einzelheiten erzeugen Einzelheiten:
die Bewegungen der Vögel im Wind,
welches Licht gestaltet Wolken wie –
er beschreibt, wie er den Riss in der Mauer
am Haus gegenüber beschreibt. Geräusche
der Tiere und Blätter, alles schwindet
und taucht neu empor, jedes Zittern
ein kleines Erdbeben, Mensch wird
geboren oder löst sich auf.
Und ein Rätsel lebt sich
immerzu fort.*

Man(n) ist ja keine achtzig mehr

Erich Loest zum 85. Geburtstag

Von Martin Rooney

Im Leben des am 24. Februar 1926 als Sohn eines Eisenwarenhändlers in Mittweida/Sachsen geborenen Autors spiegelt sich exemplarisch die jüngere deutsche Geschichte. Gleich zwei totalitäre Regime hinterließen ihre Spuren. In seinem umfangreichen Werk ist in singulärer Weise die deutsch-deutsche Literatur- und Gesellschaftsgeschichte von 1950 bis in die Gegenwart in ihren Konflikten und Brüchen wie auch in ihren Kontinuitäten präsent. Er gehörte zu jener Generation, die noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges von der Oberschule weg einberufen wurde. Auch füllte er damals ein Formular aus, in die NSDAP eintreten zu wollen. In der anlässlich seines 85. Geburtstags erschienenen Festschrift „Geschichte, die noch qualmt. Erich Loest und sein Werk“ (2011) teilt Loest im Gespräch mit dem Herausgeber Carsten Gansel mit, dass er vor einigen Monaten einen kurzen Brief von einem Bundesamt in Berlin bekommen habe, der ihn darüber informiert habe, dass man auf Anfrage eines Journalisten in dieser Frage recherchiert hätte. Fazit: „Sie haben am 13. Februar 1944 einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt und sind am 20. April in die NSDAP aufgenommen worden, mit der Nummer x...“

Nach der Rückkehr aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft holte Loest das Abitur nach und war von 1947 bis 1950 als Journalist bei der „Leipziger Volkszeitung“ tätig. In der Autobiographie „Durch die Erde ein Riss“ (1981) wird geschildert, wie der im Zweiten Weltkrieg fast verheizte Jugendliche nach der Hoffnungschance einer antifaschistischen DDR greift. Seit dem Erscheinen seines ersten Romans „Jungen, die übrig blieben“ (1950), der ihn schlagartig bekannt machte und bis heute zu den bedeutendsten deutschen Kriegsromanen zählt,

arbeitete Loest als freischaffender Autor. Hatte er als Vorsitzender des Schriftstellerverbandes Leipzig und als SED-Mitglied zunächst die DDR-Politik unterstützt, nahm Loest im Anschluss an die Ereignisse um den Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 und dessen Niederschlagung eine zunehmend kritischere Haltung gegenüber der SED-Führung ein. Als er unter dem Titel „Elfenbeinturm und rote Fahne“ im Börsenblatt eine bittere Analyse der Fehler und Lügen der SED veröffentlichte, wurden für ihn die Weichen ins Abseits der angeblichen Arbeiterrepublik gestellt. Sein umfassender Bericht über die damalige Zeit „Prozesskosten“ (2007) geht weit zurück in die eigene Geschichte und die der DDR. Seine faktenreiche Darstellung präsentiert Innenansichten aus der entscheidenden Phase der frühen DDR, in der es eine Zeit lang ihm damals so schien, als seien Reformen möglich und der Stalinismus Geschichte. Loest wandelte sich damals vom überzeugten Kommunisten zum Sympathisanten der Reformen in Ungarn und Polen. In Warschau und Prag, Berlin und Leipzig wurde nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über Chruschtschows neue Sicht auf Stalin diskutiert – für Loest bedeutete die Lektüre der Chruschtschow-Rede „eine Erschütterung, die bis auf den Grund des politischen Bewusstseins und der Seele ging“.

Ähnlich ging es vielen anderen ostdeutschen Reformkommunisten wie Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Heinz Zöger, Manfred Hertwig und Richard Wolf, die tiefgreifende Konsequenzen auch für die DDR forderten – den Rücktritt Walter Ulbrichts etwa. Die Partei- und Staatsführung der DDR reagierte mit brutaler Härte auf diese als „revisionistisch“ verteuflten Reformbestrebungen, es wurden in Schauprozessen hohe Freiheitsstra-



Erich Loest. Foto: Gerhard Steidl

fen verhängt. Einigen der Hochgefährdeten wie z.B. dem Ernst-Bloch-Schüler Gerhard Zwerenz gelang die Flucht in die Bundesrepublik. Auch Loest musste einen hohen Preis bezahlen. Seine Opposition führte 1957 zur Anklage wegen angeblicher „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ und zur Verurteilung zu siebeneinhalb Jahren Haft im Zuchthaus Bautzen II. Verhöre, Haftbedingungen und die Zeit nach der Entlassung beschreibt der Autor in seinem Erfahrungsbericht („Prozesskosten“, 2007) mit erstaunlicher Sachlichkeit, fast dokumentarisch, sich selbst ganz zurücknehmend. In seinem Tagebuch „Mann ist ja keine achtzig mehr“ (2011) kommentiert Loest diese Vorgänge folgendermaßen: „Es dauerte Jahre, bis ich begriff: So war der Ulbrichtsozialismus – wer anders dachte, landete im Knast. Eispickel und Eismeer hatten ausgedient, die gängigen Mittel lauteten Waldheim, Hohenschönhausen und Bautzen. Die Kommunisten erklärten mich zum Feind, also blieb mir nichts anderes übrig, als Feind zu sein.“

Nach der Haftentlassung 1964 begann Loest als Autor von vorn. Er wurde von Buch zu Buch, von literarischer Person zu literarischer Person stärker, so etwas wie ein Hans Fallada für die DDR-Wirklichkeit. Seine kleinen Leute taugen nicht zu Helden, sie sind geübt darin, sich durch alle Widrigkeiten durchzumogeln als zu rebellieren. Und sie kommen gut weg mit ihren Mogeleyen, aber da ist keine Idylle und keine Verklärung in diesem Bild. Doch bereits ab Anfang der 1970er Jahre geriet er erneut in Konflikt mit dem

SED-Apparat. Nachdem die zweite Auflage seines Romans „Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene“ (1978) eingezogen worden war, trat Loest aus Protest gegen diese Zensurmaßnahmen aus dem Schriftstellerverband der DDR aus (vgl. „Der vierte Zensor. Vom Entstehen und Sterben eines Romans in der DDR“, 1984). Das Buch stellt das Schicksal eines DDR-Durchschnittsmenschen dar, eines brauchbaren Ingenieurs ohne Ehrgeiz, der sich weigert, Karriere zu machen, Verantwortung zu übernehmen, weil er, nach eigenen bösen Erfahrungen mit der Macht, selber keine Macht ausüben will. In diesem von der SED-Kulturbürokratie kritisierten und heftig bekämpften Loest-Roman konnte sich jener Teil der DDR-Bevölkerung wiederfinden, den die sozialutopischen Verdinglichungen eines Volker Braun und die intellektuell ornamentierte Sozialismussehnsucht einer Christa Wolf schon nicht mehr erreichte. Loests Spiegel alltäglicher DDR-Existenz war kein umbarmherziger, aber erst recht kein billig entlastender. Zu dieser Zeit war allerdings gegen Erich Loest längst eine flächendeckende Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR eingeleitet worden, die darauf abzielte, den Autor zu „zersetzen“.

Die 1981 erfolgte Übersiedlung in die Bundesrepublik war für den Autor schließlich die einzige Chance, sich weiteren Repressalien zu entziehen. Sie bedeutete aber auch den wiederholten Neuanfang, denn als Autor musste sich Erich Loest im westdeutschen Literaturbetrieb erst durchsetzen. Zunächst war er mit Indifferenz und Gleichgültigkeit konfrontiert, wie viele andere ausgewiesene, in den Westen getriebene oder geflohene DDR-Kulturschaffende. Doch mit einer Reihe von Romanen, die sich mit der deutschen Teilung auseinandersetzen wie etwa „Völkerschlachtdenkmal“ (1984) oder „Zwiebelmuster“ (1985), machte er sich einen Namen. Loests Porträtkraft machte auch vor bundesdeutscher Provinzidylle nicht halt, und in seinem Roman „Froschkonzert“ (1987) zeigt er deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten von ihrer fatalen Seite.

Nach 1989 wollte es Loest noch einmal wissen. Er ließ sich von der Abwehrhaltung vieler DDR-Bewohner gegenüber Rückkehrern nicht verschrecken und packte erneut die

Koffer. Leipzig, die Stadt, der er zahlreiche Stoffe gewidmet hatte, hatte ihren populärsten Chronisten wieder. Sein Domizil in der Bundesrepublik behielt er aber zunächst bei. Er wurde vom Obersten Gericht der DDR sofort rehabilitiert. Kaum wieder angekommen, gelangte der Schriftsteller Anfang 1990 in den Besitz mehrerer Fotokopien aus seinen Stasi-Akten. Seine minutiösen Nachforschungen in der Leipziger Filiale des Ministeriums für Staatssicherheit ergaben, dass die Stasi zwischen 1975 und 1983 einunddreißig Aktenbände mit rund 9000 Blatt über den „feindlich-negativen Schriftsteller“ Erich Loest angelegt hatte. Aus diesen Unterlagen ging ferner hervor, dass Loests Telefon jahrelang abgehört worden war. Auch sein gesamter Briefwechsel war in acht Bänden aktenkundig. Rund dreißig Spitzel und Zuträger waren auf den Schriftsteller angesetzt worden. Über alle privaten und beruflichen Angelegenheiten Loests bestens informiert, wollte die Stasi zunächst die Veröffentlichung seiner Bücher im Westen unterbinden. Schon bald aber hieß die „Zielstellung“, Loest unter Druck zu setzen, damit er aus eigenem Antrieb die „ständige Ausreise“ aus der DDR beantrage und der Skandal seiner Ausweisung verhindert werden könne.

In seiner autobiographischen Dokumentation mit dem Titel „Der Zorn des Schafes“ (1990) bettet Loest die Stasi-Berichte in einen autobiographischen Abriss ein. Bis in die intimste Privatsphäre zeigt Loest auf, wie der staatlich organisierte Terror den DDR-Alltag vergiftete. Die Bespitzelung Loests und die von der Stasi eingeleiteten „Zersetzungsmaßnahmen“ betrafen die Familienmitglieder ebenso wie seinen damaligen Freundeskreis, dem der Schriftsteller Werner Heiduczek und der Maler Wolfgang Mattheuer angehörten. Man setzte sogar Spitzel im DDR-Schriftstellerverband auf Loest an und ließ ihn bei allen Lesungen überwachen. Das Aufgebot an DDR-Prominenz im Kampf gegen einen Schriftsteller, war kaum zu überbieten. Immer wieder fügt Loest mitten in seinen Text die Protokolle und Berichte aus dem Stasi-Archiv, welche die Namen der hochrangigen Helfer nennen: Hermann Kant, einst Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes; Klaus Höpcke, einst stellvertretender Kulturminister;

Dietmar Keller, seinerzeit Kultursekretär bei der SED-Bezirksleitung Leipzig und nach dem Umsturz Kulturminister der Regierung Modrow. Loest deckt die Allianz zwischen SED, Staatsorganen, Verlagen, Zeitungen, Rundfunkstationen, DEFA und Schriftstellerverband auf. Und er weist schlüssig nach: Alle diese Einrichtungen hatten Hand in Hand gearbeitet, und die Spinne im Netz war die Stasi gewesen. Loests Buch gibt nicht nur Auskunft über die selbsternannten „Sieger der Geschichte“ in der DDR, sondern liefert auch Anschauungsmaterial, wie sie durch lang anhaltende Unterdrückung ihre unaufhebbare historische Niederlage selbst programmiert haben. Sein Fazit ist unmissverständlich: Die vierzigjährige politische Diktatur der SED hat nicht bloß ein ökonomisches System kaputtgewirtschaftet, sondern den humanen Ansatz des Sozialismus verraten und für immer vernichtet.

Seit den neunziger Jahren engagierte sich der Schriftsteller in vielfältiger Weise für den demokratischen Erneuerungsprozess in seiner sächsischen Heimat. Sein vieldiskutierter Roman „Nikolaikirche“ (1995), sorgte für Furore, weil das Buch sich positiv aus der Fülle der mittelmäßigen Belletristik und Sachbücher über die Zeit vor, während und unmittelbar nach 1989 hervorhebt. Dieses Gruppenbild mit Stasi erzählt souverän die widersprüchliche Geschichte einer Leipziger Familie namens Bacher in den unruhigen Jahren 1987 bis 1989. Und Loests Roman verdeutlicht auf exemplarische Weise: Auf alles war die Staatsmacht der DDR im Revolutionsherbst vorbereitet - nur nicht auf Widerstand mit Gebeten und Kerzen. Von den Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche aus wuchs der Wille zur Freiheit. Frauen und Männer der Kirchengruppen, Pfarrer und Geheimdienstleute sind die Schlüsselfiguren dieses Romans. Weit in die Vorgeschichte greift die Handlung, denn was an diesem 9. Oktober 1989 geschah, hat seine Wurzeln in den vergangenen Jahrzehnten, es geht auch zurück zum Mai 1968, als die Leipziger Universitätskirche gesprengt wurde. Doch als sich damals der Staub über ihren Trümmern verzog, wurde der Turm von St. Nikolai sichtbar... Der Roman wurde 1995 von Frank Beyer als WDR-Zweiteiler verfilmt und am 25. und 27. Oktober 1995 zur

besten Sendezeit - mit großer Publikumsresonanz - ausgestrahlt. Der Film ist - wie schon vorher der Roman - eine Hommage an Leipzig, die Leipziger und ihre Rolle bei der friedlichen Revolution von 1989, zugleich aber auch eine szenisch gestaltete Erinnerung an das Handeln von Partei und Stasi in dieser Zeit. Frank Beyer hat eine kongeniale filmische Umsetzung von Loests Vorlage geschaffen. Seine über weite Strecken behutsamer, dann aber auch wieder - vor allem Dingen an dramatischen Stellen - plakativer Inszenierungsstil, seine immer semantisch motivierte Kameraführung, seine aussagekräftigen Montagen, seine zurückhaltende, aber die Semantik der Bilder stützende Musikkommentierung sowie die sparsame, aber signifikante Integration von dokumentarischem Material in die Filmwirklichkeit formen ein Bild der Ereignisse in Leipzig 1989, das einen Beitrag zum kollektiven Gedächtnis der Deutschen in Ost und West über dieses unerhörte Ereignis leistet.

Als um die Jahreswende 1992/1993 Stasi-Vorwürfe gegen Christa Wolf und Heiner Müller in der öffentlichen Diskussion hoch kochten, warnte Loest eindringlich vor vorschnellen Urteilen. Sein Versuch, auf dem entscheidenden Unterschied zwischen individueller Auslieferung und überlebensnotwendigen opportunistischen Anteilen in DDR-Lebensgeschichten zu bestehen, passte nicht in den damals gängigen Täter-Opfer-Dualismus. Für die DDR-Nostalgiker wiederum musste Loest ein Gräuelfeld sein und bleiben, weil er der Schrebergarten-Idylle die Gemütlichkeit nahm. Die Souveränität, mit der er sein Leben mit der Wanze beschrieb und in der Tradition Wolf Biermanns den Eckermann-Part der DDR- Staatsicherheit beleuchtete, war in Ost und West nicht jedermanns Sache. Als „politisches Temperament“ und „genauen Erzähler“ würdigte Günter Grass den Autor 1996 zu dessen 70. Geburtstag und schrieb es seiner „Größe“ zu, nach der Revolution der nahe gelegenen Versuchung widerstanden zu haben, als ehemaliges Opfer wie ein Richter aufzutreten. Heute nennt sich Loest übrigens einen „rechten Sozialdemokraten“ (SZ vom 08.03.2011). Der Autor, der kein Mitglied der SPD ist, aber seit langer Zeit ein überzeugter

Sympathisant, beklagte sich wiederholt über die stiefmütterliche Behandlung der Kultur durch die Sozialdemokratie: „Mit Kultur war in der SPD nie Karriere möglich“, so sein ernüchterter Kommentar in seinem Tagebuch im August 2008. Von 1994 bis 1997 war Loest Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS). In dieser Zeit setzte er sich besonders für einen kulturellen Dialog mit Polen ein und für die Aufarbeitung der Geschichte der beiden Schriftstellerverbände in Ost und West. Auf der VS-Tagung in Chemnitz gab Loest Ende 1997 den VS-Vorsitz an den Krimiautor Fred Breinersdorf ab. Die eigene Zeit nach dem Wechsel in den Westen dokumentiert in Artikeln, Reden oder Radiobeiträgen sein 1997 erschienener Sammelband „Als wir in den Westen kamen“. Pünktlich zu seinem 75. Geburtstag vollendete Loest 2001 den Roman „Reichsgericht“. Er beleuchtet darin die Prozesse am Reichsgericht von den 20er Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. So wird der Prozess gegen den „Weltbühnen“-Herausgeber Carl von Ossietzky 1931 und der Reichstagsbrandprozess 1933 aus heutiger Sicht verhandelt. Einer der Romanfiguren gelingt es auf unerfindliche Weise, via Internet mit Carl von Ossietzky und dem mutmaßlichen Reichstagsbrandstifter Marinus van der Lubbe zu chatten! Erich Loest ist Mitglied des deutschen PEN-Zentrums und der Sächsischen Akademie der Künste. Die eigene bewegte Vita und seine Bodenständigkeit hat der Schriftsteller, der 1999 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz und 2009 mit dem deutschen Nationalpreis ausgezeichnet wurde, stets als Eckpfeiler für die schriftstellerische Arbeit genutzt. Dementsprechend groß war Loests Freude, als ihm anlässlich seines 70. Geburtstags die Ehrenbürgerwürde der Stadt Leipzig verliehen wurde: „Diese Auszeichnung ist das größte, was ich mir vorstellen kann.“ Mit detektivischer Akribie hat sich Loest immer wieder in seinen Romanen und Erzählungen zum Chronisten des Alltags aufgeschwungen. Als Hans Mayer Anfang der 80er Jahre den Hans-Fallada-Preisträger der Stadt Neumünster Erich Loest feierte, tat er dies mit den an Fallada gerichteten Worten von Kurt Tucholsky. „Was uns vor allem auffällt, ist die Echtheit des Jargons. Das kann man nicht er-

finden, das ist gehört. Und bis aufs letzte Komma wiedergegeben.“

Auch auf die jüngsten Werke des Autors trifft diese Feststellung uneingeschränkt zu. So auch auf seinen 2009 erschienenen, mit Sicherheit letzten Roman „Löwenstadt“, mit dem Loest der Stadt Leipzig ein weiteres literarisches Denkmal gesetzt hat. Das Völkerschlachtdenkmal, das so vieles erlebt hat, wird von Loest und seinem Ich-Erzähler mit einer die Historie überragenden Symbolkraft und Suggestion ausgestattet, dass Fredi Linden in immer neue Kostüme und Zeitabschnitte schlüpft. Mal ist er der Bauernbursche Carl Friedrich im sächsischen Linienregiment, das bei der Völkerschlacht von Leipzig 1813 natürlich auf der falschen Seite, also auf der Napoleons, kämpft – und verliert. Dann tritt er uns als Gutsherr Fürchtegott von Lindenau entgegen, der nach der Schlacht für die Gefallenen eine Art Golgatha errichten will, obwohl niemand daran Interesse hat. Schließlich kommt dazu, hundert Jahre später, aus Oberschlesien ein anarchistisch angehauchter Wojczech Machulski, der mit dem Großvaters des Erzählers in der Löwenstadt Leipzig die Löwen aus dem Zoo befreit, um die Herrschenden schwören zu lassen: „Nie wieder Krieg!“ Loests Sicht auf die jüngere Zeitgeschichte ist nicht altersmüde, sondern von einer radikalen Deutung besetzt, die keine Heldenverehrung zulässt. Das gilt auch für die „Feierabendrevolutionäre“, wie er die Montagsdemonstranten des Leipziger Pastors Führer nennt. „Alles sortiert sich neu“ nach dem Fall der Mauer. Wirklich? Vor der Leipziger Sporthochschule wird wieder Karl Marx aufgestellt. Im Universitätsneubau grüßt wieder Werner Tübkes sozialistischer Kolossalschinken „Arbeiterklasse und Intelligenz“ von der Wand. Was hat sich verändert? Loest zweifelt und sieht mit seinem im Altersheim dahin dämmernden Fredi Linden ein Auf und Ab der Geschichte, deren Verirrungen von Mal zu Mal in Vergessenheit geraten. Nun gelte es, heißt es im Buch, „im Großwahljahr alle Kraft zu mobilisieren“. Aber darüber sinnieren in Loests Roman ehemalige Stasi-Führungskader am konsequentesten. Erich Loests „Löwenstadt“ ist ein Roman über Geschichtsverleugnung und -vergessenheit, rasant geschrieben, oft patzig und knorzig, aber immer spannend.

„Demokratischer Sozialismus“ oder „Demokratischer Sozialismus“?

Von Armin Pfahl-Traughber

In ihrem Entwurf für ein Parteiprogramm bezeichnet die Partei „Die Linke“ mehrfach den „demokratischen Sozialismus“ als politisches Ziel. Bereits die Vorläuferpartei PDS hatte sich namentlich als „Partei des Demokratischen Sozialismus“ in einem solchen Sinne verortet. Insbesondere konservative Kritiker wandten demgegenüber ein, es bestehe ein grundsätzlicher Unterschied zwischen „Demokratie“ und „Sozialismus“ und demnach könne es keinen „demokratischen Sozialismus“ geben. Diese Auffassung ist allerdings sowohl ideen- wie realgeschichtlich falsch: Es gab und gibt eine Konzeption von „demokratischem Sozialismus“, die sehr wohl mit der Akzeptanz der Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates einher geht. Demgegenüber stellt sich gleichwohl umgekehrt die Frage, ob die Partei „Die Linke“ mit ihrer Auffassung von „demokratischem Sozialismus“ auch eben diese Konzeption von „demokratischem Sozialismus“ meint. Eine genaue Betrachtung zeigt, dass es ihr hier mehr um eine Umdeutung und Vereinnahmung eines anders, nämlich gegenteilig besetzten Begriffes geht.

Um die damit einhergehende Instrumentalisierung des Verständnisses von „demokratischem Sozialismus“ aufzuzeigen, bedarf es zunächst eines ideengeschichtlichen Rückblicks auf die Herausbildung des damit Gemeinten. Als eine Art „geistiger Vater“ kann der langjährige SPD-Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein (1850-1932) gelten. Er hatte in den 1890er Jahren festgestellt, dass entscheidende Annahmen der Marx'schen Ökonomie-Analyse nicht eingetroffen waren: Einerseits erholte sich der Kapitalismus von seinen Krisen, andererseits verbesserte sich die Lage der Arbeiter. Gleichzeitig konnten die Arbeiterparteien bei Wahlen eine kontinuierlich steigende Zustimmung für

sich verbuchen. Unter Beibehaltung des Ziels Sozialismus plädierte Bernstein daher in mehrfacher Hinsicht für eine Revision des Marxismus: Statt durch den einmaligen Akt einer gewalttätigen Revolution sollte man längerfristig auf schrittweise Reformen als friedlichen Weg setzen. Mit diesem Verständnis ging auch die Akzeptanz des Parlamentarismus und des Rechtsstaates einher.

Über die Einschätzung dieser Positionen kam es dann vor rund hundert Jahren zu einer Spaltung der Arbeiterparteien in eine kommunistische und in eine sozialdemokratische Richtung: Während die Erstgenannte auf die Errichtung einer kommunistischen Diktatur nach zuvor erfolgter Revolution wie in Sowjetrußland setzte, entwickelten

sich die sozialdemokratischen Parteien zu politischen Stützen, teilweise sogar zu Vorkämpfern, des demokratischen Verfassungsstaates. Die damit einhergehende Reformorientierung führte auch zu einer Abkehr vom dogmatisch ausgerichteten Marxismus- und der Hinwendung zu einem ethisch begründeten Sozialismus-Modell, verstanden als „dauernde Aufgabe“ und nicht als Ziel der Geschichte. Später kam noch im wirtschaftspolitischen Bereich die Akzeptanz der Marktwirtschaft hinzu, wobei diese mit einer stark keynesianischen und sozialstaatlichen Ausrichtung verbunden war. Etwa ab den 1950er Jahren prägte diese Auffassung von „demokratischem Sozialismus“ die Politik der sozialdemokratischen Parteien in Europa, wofür vor allem deren Protagonisten in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, aber auch die SPD mit dem Godesberger Programm von 1959 standen.

In den Ländern des „real existierenden Sozialismus“, allen voran in der DDR und in der Sowjetunion, lehnte man diese Sozialismus-Konzeption rigoros ab. Das von Politikern wie dem damaligen schwedischen Premierminister Olof Palme (1927-1986) vertretene Modell einer „Gleichheit freier Menschen“ als „demokratischem Sozialismus Schwedens“ (1970) galt im offiziellen Gebrauch als „Ideologie des Sozialreformismus“. In einer einschlägigen Publikation, die von sowjetischen Autoren mit diesem Titel veröffentlicht wurde, findet man ein Sammelsurium einschlägiger Vorwürfe wie „Ablenkung der Arbeiterklasse vom Sozialismus“, „Apologetik des Kapitalismus“, „Spielart des Antikommunismus“ oder „Unbestimmtheit der Konzeption“. Um so verwunderlicher war es da schon, dass sich die SED 1989 in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS)



Der Autor

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Jg. 1963, Politikwissenschaftler und Soziologe, arbeitet als hauptamtlich Lehrender an der Fachhochschule des Bundes in Brühl mit den Arbeitsschwerpunkten „Politischer Extremismus“ und „Politische Ideengeschichte“. Er gibt seit 2008 das „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung ebendort heraus.

und dann 1990 ganz in PDS umbenannte. Handelt es sich dabei aber um eine Berufung auf das skizzierte Verständnis von „demokratischem Sozialismus“?

Noch im PDS-Parteiprogramm von 1990 tauchte der Name Eduard Bernstein als ideengeschichtlicher Bezug auf – allerdings neben Wladimir I. Lenin und Rosa Luxemburg, was aufgrund deren grundsätzlichen Differenzen nicht zusammenpasst. Spätere programmatische Texte nannten neben Karl Marx und Friedrich Engels nur noch Luxemburg als ideologisches und politisches Vorbild. Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung handelte es sich bei ihr aber gerade nicht um eine „demokratische Sozialistin“ im oben definierten Sinne. In der Debatte um Bernsteins Auffassungen zur Revision des Marxismus vertrat Rosa Luxemburg die dogmatische Interpretation des Marxismus als Lehre von der unbedingten Not-

wendigkeit der Revolution. Ebenso wenig steht übrigens auch ihr berühmtes Wort „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ für ein Bekenntnis zum Interessen- und Meinungspluralismus, war dieser doch laut ihrem Text über die russische Revolution nur auf andere sozialistische Auffassungen und Organisationen beschränkt.

Ansonsten findet man im aktuellen Entwurf zum Parteiprogramm von „Die Linke“ auch keine Ausführungen, die sich auf die Tradition des erwähnten Modells von „demokratischem Sozialismus“ beziehen. Im Kapitel „Woher wir kommen, wer wir sind“ heißt es sogar: Man knüpfe „an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der ... kommunistischen Arbeiterbewegung“ an. Damit kann für die deutsche Geschichte aber nur die KPD und ihr Umfeld im Zeitraum zwischen 1918 und 1956 gemeint sein. Diese Partei war aber während ihrer Existenz

nicht nur gegen den demokratischen Verfassungsstaat, sondern zwischen 1926 und 1956 auch strikt stalinistisch ausgerichtet. Die Bezeichnung der KPD als „linksdemokratisch“ darf kritische Rückfragen nach dem Demokratieverständnis der Partei „Die Linke“ erlauben. Gleiches gilt daher für den bekundeten Bruch mit dem Stalinismus, der aber bereits nach 1956 ebenso von der KPdSU und der SED erklärt wurde, ohne sich in Richtung eines „demokratischen Sozialismus“ hin zu entwickeln. Im Gegenteil: Tendenzen in Richtung eines demokratischen Sozialismus wurden als „Ideologie des Klassenfeindes“ massiv bekämpft. Demokratischer Sozialismus war aus der Sicht der SED eine „ideologische Waffe der Bourgeoisie in deren Kampf gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus ...“ (vgl. Waldemar Ritter: Leugnung der Verbrechen des Kommunismus, Abschnitt „Kommunismus ist Antidemokratie“, in diesem Heft).

Heimliche Rache aus der DDR-Vergangenheit?

Wie die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration in die Altersarmut geschickt wurde

Von Jürgen V. Holdefleiß

Das Raunen im Kreis der Abgeordneten war deutlich, empörte Zwischenrufe. Die Abgeordnete Martina Bunge (Die Linke) hatte in ihrem Redebeitrag die Flucht von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik als einen „freiwilligen“ Weggang bezeichnet. Sebastian Blumenthal (FDP) legte sein Blatt beiseite und reagierte erregt: „*Meine Familie gehört zu denen, die damals freiwillig die DDR verlassen haben, wie Sie es hier so süffisant dargestellt haben. Es war eine große Herausforderung, Ihrem Beitrag zuzuhören, ohne die Fassung zu verlieren.*“

Wie kam es zu der flapsigen Bemerkung der Abgeordneten Bunge? Und wie kam es dazu, dass über die Fallgruppe „ehemalige

DDR-Flüchtlinge“, abweichend vom vorgegebenen Thema, überhaupt debattiert wurde? Gegenstand dieser Bundestagsdebatte, die am 02.12.2010 stattfand, war eigentlich ein Antragspaket der Linken zu 19 verschiedenen Fallgruppen. Ein Antrag, „ehemalige DDR-Flüchtlinge“ betreffend, war nicht darunter. Wieso geisterte der „DDR-Flüchtling“ dennoch durch die Debatte?

Mit dem 2. Einigungsvertrag vom 31.08.1990 war der gesamtdeutsche Gesetzgeber beauftragt worden, ein Gesetz zu schaffen, das die Renten und Rentenanwartschaften der aktuellen Bürger der DDR bundesrechtlich regeln sollte. Schließlich stand der formelle Beitritt der DDR ins Haus, und der Rechtsraum der



Der Autor

Dr.-Ing. Jürgen V. Holdefleiß, Vorsitzender des bundesweit tätigen gemeinnützigen Vereins „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge“ (IEDF). Der Verein kämpft gegen eine rückwirkende Enteignung der DDR-Übersiedler, die vor dem Fall der Mauer in der Bundesrepublik sesshaft wurden, s.a. www.iedf.de.

beitretenden DDR musste mit Bundesrecht versorgt werden.

Kaum war das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) in Kraft, hagelte es Beschwerden, Proteste und Schuld-

zuweisungen aus den neuen Bundesländern. Besonders ausgezeichnet hatten sich dabei die Funktionäre der ehemaligen DDR aus Partei, Regierung, bewaffneten Organen etc. Sie konnten durch Klagen beim BVerfG zwar einige erstaunliche Nachbesserungen für sich erreichen, blieben aber konsequent bei ihrer Auffassung, von einer „Siegerjustiz“ mit einem „Rentenstrafrecht“ belegt worden zu sein.

Unter den 19 Anträgen war einer mit dem schönen Titel „Wertneutralität im Rentenrecht auch für Personen mit bestimmten Funktionen in der DDR“. „Bestimmte Funktionen (?) ...“: Wer mag wohl gemeint sein? Natürlich: die Hauptverantwortlichen innerhalb der Nomenklatura mit besonderer Staats- und Parteinähe. Sicherlich war es gerade diesem Antrag geschuldet, dass der Typus „DDR-Flüchtling“ dann doch Einzug in den parlamentarischen Diskurs nahm.

Bietet er doch eine interessante Täter- / Opfer- Konstellation:

Auf der einen Seite diejenigen, die verantwortlich für den Staat DDR standen und auf der anderen Seite die, die dieses System nicht ausgehalten und der DDR den Rücken gekehrt haben. Die einen haben die DDR als den „Hort des Friedens“ und der „sozialistischen Errungenschaften“ verherrlicht und den „imperialistischen Staat BRD“ gehasst und bekämpft. Die anderen haben den Staat DDR als ideologisches Gefängnis empfunden und sind unter Gefahren und unter Inkaufnahme von Verlusten in den demokratischen und freiheitlichen Staat Bundesrepublik Deutschland geflohen. Die einen haben alles getan, den maroden und schon längst delegitimierten Staat DDR zu zementieren. Die anderen haben durch ihre Flucht einen Beitrag zur moralischen und politischen Diskreditierung des Staatswesens DDR und schließlich zu dessen Zusammenbruch geleistet, was letztlich die Herstellung der deutschen Einheit erst möglich machte.

Und noch eine Konstellation ist interessant:

Das Rentenüberleitungsgesetz, über dessen Auswirkungen auf

einige Personengruppen sich „Die Linke“ mit ihren Anträgen beschwert, betrifft diese 19 Fallgruppen planmäßig und bestimmungsgemäß. Alle waren sie zu jener Zeit aktuelle Angehörige der DDR-Sozialversicherung und gehörten damit zu den ausgewiesenen Adressaten der Rentenüberleitung. Auch die „Personen mit bestimmten Funktionen in der DDR ...“. Auch diese wissen, dass sie rechtmäßig zu den Adressaten dieses Gesetzes gehören, und sie beschwerten sich lediglich über dessen Inhalt.

Die ehemaligen DDR-Flüchtlinge hingegen waren, als die Herstellung der deutschen Einheit verabredet wurde, bereits Angehörige des Staates „Bundesrepublik Deutschland“. Allesamt hatten sie ihren Status als Staatsbürger der DDR verloren bzw. aberkannt bekommen. Der Beitritt der DDR war ein Ereignis, bei dem ihre Angelegenheiten nicht zur Disposition standen, waren sie doch durch ihre individuelle Eingliederung Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland geworden. Zu den Bürgern des beitretenden Staates DDR gehörten sie nicht. An keiner Stelle des Gesetzeswerkes, in keinem Artikel des 2. Staatsvertrages und in keinem der einschlägigen Protokolle des Bundestages, in keiner der einschlägigen Fachveröffentlichungen zum Sozialrecht steht geschrieben, dass die in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Flüchtlinge in den Prozess der Rentenüberleitung hineingezogen werden sollen.

Und doch sollten sie erleben, dass der Beitritt der DDR tief in ihre politische und soziale Situation eingreifen würde. Aus bisher ungeklärten Gründen und unter einer bisher ungeklärten Urheberschaft hat man dem 12. Bundestag als zuständigem Gesetzgeber das RÜG in Gestalt eines Trojanischen Pferdes vorgeführt. Die textliche Gestaltung war unauffällig. Keiner der Abgeordneten konnte es den Paragrafen ansehen, dass das RÜG auch zur Enteignung der in der alten Bundesrepublik eingegliederten DDR-Flüchtlinge herhalten sollte.

Mit einem Verwaltungsakt, der von einer absurden Rätselhaftigkeit ge-

prägt ist (es ist weder ein Datum noch eine Unterschrift noch der Wortlaut bekannt, es gibt offensichtlich kein Protokoll über ein entsprechendes Vorhaben), wird den Gesetzesanwendern eine von den Vertragspartnern des Einigungsvertrages nicht vereinbarte Interpretation des Rentenüberleitungsgesetzes vorgeschrieben. Lange nach dem Inkrafttreten des RÜG, vermutlich erst in den späten neunziger Jahren, von den Medien und der Öffentlichkeit unbemerkt, von der Politik geduldet, kam der Inhalt des Trojanischen Pferdes zutage. Die Rentenversicherer waren angewiesen, in die Rentenkonto aller DDR-Flüchtlinge rückwirkend einzugreifen und die Ergebnisse der jeweiligen individuellen Eingliederung rückabzuwickeln. Ersatzweise sollten neue Rentenkonto errichtet werden, wobei die Betroffenen zynischerweise den Folgen ihrer in der DDR geübten Widerständigkeit und ihrer Zivilcourage ausgeliefert werden. Die Rentenversicherer wurden angewiesen, die Betroffenen über die Löschung und Neubewertung ihrer Rentenkonto nicht zu informieren, offensichtlich um ihnen damit den direkten Weg zum BVerfG abzuschneiden. Eine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit ist zu keiner Zeit veranlasst worden.

Die Griechen hatten Troja durch eine Kriegslist erobert, indem sie ihnen ein Geschenk darreichten, dessen verheerenden Inhalt die Adressaten nicht erkannt haben, wohl auch nicht erkennen konnten. Der 12. Bundestag hat mit dem Text des RÜG ein Gesetz vorgelegt bekommen, das den Anschein erweckte, als ob es bestimmungsgemäß für die Anwendung auf die damals aktuellen Angehörigen der DDR-Sozialversicherung gemünzt sei. Die Abgeordneten konnten nicht erkennen, dass mit den Texten ein übler Nebenzweck verfolgt werden sollte. Mit einer nach dem Muster des Trojanischen Pferdes konzipierten List wurden die „Republikflüchtigen“, in der damaligen DDR generell ungeliebt, nachträglich bestraft.

Die List war gründlich durchdacht: Die Betroffenen wurden bewusst im Unklaren darüber gelassen, dass sie für eine Bestrafung vorgesehen waren. Damit waren sie der Möglichkeit beraubt, sich zeitnah gegen die

grundgesetzwidrige Einbeziehung in den Prozess der Rentenüberleitung zu wehren und für den Fall des Scheiterns rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen.

Dass die Betroffenen (unabhängig von ihren ausgeübten Berufen und ihrer Qualifikation) durch diesen Eingriff auf das Niveau eines Hilfsarbeiters herabgestuft werden, damit Einbußen von bis zu mehreren Hundert Euro hinzunehmen haben und in manchen Fällen einer eindeutigen Altersarmut ausgesetzt werden, wird durch die Initiatoren des Verwaltungsaktes billigend in Kauf genommen. Ebenso durch die Politik, die ungerührt zuschaut. Eine politische und soziale Diskriminierung, für die es im nachkriegsdeutschen Rentenrecht kein Beispiel gibt.

Ein bitteres Fazit: Das Rentenüberleitungsgesetz ist förmlich beschlossen und damit für die Judikative verbindlich. Dass die abseits des Gesetzgebungsverfahrens zu Lasten der ehemaligen DDR-Flüchtlinge eingebauten interpretatorischen Kunststücke den Abgeordneten des damaligen beschlussfassenden Bundestages nicht ersichtlich sein konnten, ist dabei unerheblich. Von dieser grotesken Situation ist jedes individuelle Klageverfahren vor dem Sozialgericht gezeichnet: Die Klage auf Wiederherstellung des Rechts wird abgewiesen, auch in der 2. Instanz. Dort wird zusätzlich noch das Verbot der Revision verhängt und damit verhindert, dass sich das Bundessozialgericht damit auseinandersetzt.

Eine Lösung des Konfliktes ist nur auf politischem Wege möglich. In diesem Sinne fordert die deutsch-deutsche Flüchtlingsgeneration, vertreten durch die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF), von der Politik die Wiederherstellung des Rechts.

In jener Plenarsitzung sah sich die Politik erstmalig konfrontiert mit 2 Fallgruppen, wie sie entgegengesetzt nicht sein können: auf der einen Seite die Nomenklaturkader der DDR („Täter“) und auf der anderen Seite die DDR-Flüchtlinge („Opfer“). Die Täterseite verfügt über gut funktionierende Netzwerke, und sie hat es bislang eindrucksvoll verstanden, diese für sich zu nutzen. Damit hat sie außerordentlich viel

erreicht: Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, bei den Medien, bei den Handlungsträgern der Politik. Und die Ehre, dass man sich mit ihnen angemessen und weitgehend sachlich auseinandersetzt. Und manche ökonomisch wirksamen Erfolge. Die Opferseite hingegen drängt seit Jahren auf eine sachliche Auseinandersetzung. Eingaben an die Organe der Exekutive werden ignoriert und mit leicht widerlegbaren Phrasen abgetan.

Der Vorstand der IEDF hat den Petitionsausschuss des deutschen Bundestages mehrfach und eindringlich um persönliche Anhörung gebeten. Vergeblich bislang. Der Vorstand ISOR (Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR), also ein Verein, der sich vorrangig um die Altersversorgung der DDR-Nomenklatura kümmert, hatte bereits am 08.11.2010 die Gelegenheit einer öffentlichen Anhörung vor dem Petitionsausschuss erhalten. Der Vorsitzende von ISOR konnte in einem geschlossenen Vortrag von „Rentenstrafrecht“ sprechen und von der „Missachtung der Lebensleistung“ der von ihm vertretenen „Personen mit bestimmten Funktionen...“.

Auch wenn die rechtlichen Möglichkeiten derer, die sich um ISOR scharen, im wesentlichen ausgeschöpft seien mögen, auch wenn die Politik versucht deutlich zu machen, dass sie weitere Zugeständnisse nicht zu machen bereit ist, immerhin hatte ISOR die Genugtuung, ein Podium gehabt und die Politiker gezwungen zu haben, ihnen mündlich auf ihre Argumente zu antworten. Der Referent ließ durchblicken, dass man durchaus bereit sei, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anzurufen und die Bundesrepublik Deutschland dort wegen der Verletzung der Menschenrechte zu verklagen, falls die Politik den erhobenen Forderungen nicht nachkommt. Die Netzwerke, die der ehemaligen DDR-Nomenklatura zur Verfügung stehen, lassen die Prognose zu, dass ihnen das gelingt und dass sie dort Gehör finden.

Was die Opfer betrifft, die verfügen über keine Netzwerke. Sie haben keine Lobby. Allenfalls wären das die Abgeordneten des Bundestages,

wenn diese sich auf ihre originäre Aufgabe besinnen, nämlich das Regierungshandeln auf Basis unseres Grundgesetzes kritisch zu kontrollieren. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass die jeweilige Regierungsmehrheit des Bundestages von der Regierung zunehmend als Erfüllungsgehilfe angesehen und in diesem Sinne auch so behandelt wird.

Welches ist die Aufgabe der Legislative? Der Bundestag gibt eine Broschüre heraus, in der man es lesen kann (Parlamentsdeutsch – Erläuterungen zu parlamentarischen Begriffen):

„Wichtigste Aufgabe ...Beratung und Verabschiedung von Gesetzen im inhaltlichen und formellen Sinn und die Kontrolle der Exekutive“.

Unseren Kindern wird es noch einleuchtender erklärt (www.kuppelkucker.de): *„Der Bundestag kontrolliert die Arbeit der Bundesregierung. Die Regierung muss dem Bundestag genau erklären, was sie tut. Das ist so geregelt, damit die Bundesregierung nicht einfach machen kann, was sie will.“*

Kontrolle der Exekutive! Damit die Regierung nicht einfach machen kann, was sie will! Das ist eigentlich deutlich genug.

Im vorliegenden Falle ist das Regierungshandeln durch das geprägt, was die Nomenklatura der untergegangenen DDR sich gewünscht hat. Die Vermutung ist nicht weit hergeholt. Die ersten gesamtdeutschen Wahlen und die Bildung der ersten gesamtdeutschen Regierung haben den Ministerien frisches Blut aus den neuen Bundesländern zugeführt. Die Deutsche Rentenversicherung hatte aus der Konkursmasse der DDR Spezialisten der DDR-Rentenversicherung übernommen. Es liegt nahe, dass die Bestrafung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge auf Veranlassung, zumindest unter Duldung der ostdeutschen Seite auf die Agenda gekommen ist. Proteste gegen eine derartige Maßnahme werden jedenfalls von dort nicht gekommen sein.

Die IEDF fordert im Namen der deutsch-deutschen Flüchtlingsgeneration die Regierung auf, das verletzte Recht wieder herzustellen und die Enteignung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge rückgängig zu machen.

Neuerscheinungen

Lutz Rathenow:

Klick zum Glück

Wartburg Verlag, Weimar 2010
96 S., 11,00 €

Lutz Rathenow irritiert mit lakonischen Prosaminiaturen

Der Schriftsteller Lutz Rathenow war zu Zeiten der SED-Diktatur nach seinem in West-Berlin veröffentlichten Prosa-Debut verhaftet worden. Immerhin hatte dieses einen vielversprechenden Titel getragen: „Mit dem Schlimmsten wurde schon gerechnet“. Dass die Untersuchungshaft des MfS in Hohenschönhausen nur zehn Tage dauerte, war dem namhaften Protest aus Westdeutschland, etwa von Günter Grass, zu verdanken. In seiner Renitenz lehnte der junge Autor ein Ausreisangebot der DDR-Behörden ab. So „avancierte“ er in der Folge zu dem am stärksten überwachten Schriftsteller des „Arbeiter- und Bauernstaates“, zumindest in Hinsicht auf die hierdurch produzierte Aktenlage. Dass diese Prägung den vielseitigen Autor bis heute nicht loslässt, beweist auch seine neueste Prosa-Veröffentlichung „Klick zum Glück“, die verstreut erschienene sowie bisher unveröffentlichte Texte versammelt – und einen kaleidoskopartigen Blick über das Schaffen der letzten Jahre vermittelt.

Das genaueste Bild aber liefert immer noch die Überwachungskamera. Dies suggeriert zum Beispiel „Ein Bewerbungsschreiben. August 2009“. Hierbei handelt es sich um das fiktive Bewerbungsschreiben eines ehemaligen Stasi-Mannes, das auf die jüngsten Überwachungsmechanismen von Discount-Märkten anspielt. Die für Rathenow kennzeichnende Lakonie stellt sich in der Conclusio der Figur „Markus-Erich Zuverlässig“ wie folgt dar: „Jeder Mensch hat ein Recht darauf, überwacht zu werden. So nimmt man ihn ernst.“ Nach der jüngsten Ankündigung des neuen Bundesbeauftragten Roland Jahn zum Umgang mit den Stasi-belasteten Mitarbeitern eröffnen sich hier für die Betroffenen ganz „neue“ Perspektiven.

Tatsächlich ernst genommen werden von Rathenow indes Träume, sowohl die eigenen wie auch die der Figuren. Letzteres wird in der Causa „Grell und Grass“ deutlich, die zugleich auf Kafka (Gregor Samsa) und auf Grass' verdrängte SS-Vergangenheit anspielt. Die jüngere, eigene Vergangenheit spiegelt sich in „Drei Träume Anfang Dezember 1980“. Vor dem Hintergrund des alpträumartigen Charakters entfaltet die dichte Sprache dieser Text-Miniaturen eine besondere Qualität. Sind sie doch die Wiedergabe einer zwischen Traum und Realität schwebenden Wirklichkeit, oder genauer: Eine Art

Drehbuch angesichts der permanent drohenden Inhaftierung. Originell liest sich in diesem Zusammenhang Rathenows metaphorische Erinnerung an „Die Außentoilette“: „Einmal saß ich unten, als an meine Wohnungstür zwei Mitarbeiter der Staatssicherheit klopfen, die mich zur Klärung eines Sachverhaltes ein paar Stunden mitnehmen wollten.“ Da niemand öffnete, mutierte die Außentoilette zum temporären Exil, und die Stasi zog „unverrichteter Dinge wieder ab“.

Wie schon in seinem Gedichtband „Gelächter, sortiert“ rekurriert Rathenow auch diesmal auf den Alexanderplatz – eine Anziehungskraft, die der Fotograf Harald Hauswald teilt, mit dem zusammen er einst den legendären Text-Bild-Band „Ost-Berlin“ veröffentlichte. In der autobiographisch grundierten Reflexion „Ein Platz als Fluss“ gelingt es Rathenow abermals, der urbanen Obdachlosigkeit eine metaphysische Dimension anzudichten. So deutet er den Alex als einen „geplatzten“ Platz, der „seine Gestalt in der Unübersichtlichkeit eines Raumes“ für immer verloren habe. Entsprechend erscheint „der Platz als Fluss (...) in ständiger Veränderung, hier galt: Niemand kann zweimal den gleichen Platz betreten.“

Christian Dorn

Claude Lanzmann:

Der patagonische Hase. Erinnerungen

Deutsch von Barbara Heber-Schärer,
Erich Wolfgang Skwara und Claudia Steinitz.
Reinbek 2010 (Rowohlt), 675 Seiten, 24, 95 €

Autobiographie des Regisseurs von „Shoah“

Am 25. Oktober 2009 ging eine bestürzende Meldung durch die Medien: Die für diesen Sonntag vorgesehene Filmaufführung von Claude Lanzmanns „Warum Israel“ im Hamburger Kino B-Movie konnte nicht stattfinden. „Antiimperialisten“ und Antisemiten aus dem Umfeld des „internationalistischen Zentrums B5“ in St Pauli sowie Anhänger der Sozialistischen Linken (Sol.) und der Tierrechtsaktion Nord hatten den Zugang zum Hof verbarrikadiert und die am Film Interessierten bedroht und als „Judenschweine“ beschimpft. Das Hoftor war mit Fahrradschlössern versperrt worden. So sollte eine israelische Kontrollstation simuliert werden. Auf einem Plakat wurde die Grenzmauer zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten mit dem einstigen südafrikanischen Apartheidregime in Verbindung gebracht. So sollte die „Vernichtungspolitik“ Israels gegenüber den Palästinensern angeprangert werden.

Eine groteske, diesem nachdenklichen und so wenig propagandistischen Film „Warum Israel“ kaum ange-

messene Agitprop-Aktion. Lanzmann, der später um eine Stellungnahme gebeten wurde, kommentierte: „Es ist noch nie irgendwo auf der Welt die Vorführung meiner Filme verhindert worden.“ Jetzt ist es passiert, ausgerechnet in Deutschland. Und er fügte hinzu: „Die Deutschen dürfen nie wieder als Herren auftreten.“ Lanzmann spielte auf die Nationalsozialisten an. Zu ihrem Kampfpertoire in den Endjahren der Weimarer Republik gehörten auch Blockadeaktionen gegen „verjudete“ Filme. Für Lanzmann war die Tatsache, dass es nicht Nazis, sondern Linke waren, von denen dieser in der bundesdeutschen Geschichte wohl einmalige Übergriff ausgegangen war, Ausdruck einer ungunstigen Nähe gewisser links- und rechtsextremer Denkmuster: „Sie nennen es Antizionismus, aber es ist Antisemitismus“, sagte er bestimmt.

Wer aber ist dieser Claude Lanzmann, der solchen Protest auslöst ?

In seiner Autobiographie, die in Frankreich zum Buch des Jahres 2009 gewählt wurde, blickt der französische Publizist und Regisseur auf ein bewegtes Leben zurück. Er hat viel erlebt und entsprechend viel zu erzählen: „Hundert Leben, das weiß ich nur zu gut, würden mich nicht müde machen“, schreibt er. Und beim Lesen hat man tatsächlich den Eindruck, dass der 1925 geborene Autor diese hundert Leben tatsächlich gelebt hätte. Er breitet subjektive Erinnerungen einer bewegten Existenz mit zahlreichen amourösen Abenteuern aus.

Reportagen und historische Forschungsreisen führen ihn rund um den Globus. Lanzmann ist ein Besessener, angetrieben von Wissensdrang und Abenteuerlust. In einer atheistischen jüdischen Familie 1925 in Paris geboren, erlebte er schon als kleiner Junge den aufkeimenden Antisemitismus am eigenen Leib, als seine Schulkameraden anfangen, auf jüdische Mitschüler einzuschlagen. Als 18-jähriger schloss er sich der Jugendorganisation der kommunistischen Partei und der Résistance an. Er hat früh gelernt, dass man Gewalt anwenden muss, um den eigenen Untergang zu verhindern. Nach dem Krieg setzt er sein Philosophiestudium fort und geht 1947 nach Tübingen, dann an die neu gegründete Freie Universität in Berlin. Lange Jahre arbeitete er als Journalist für französische Zeitungen und Magazine, schloss Freundschaft mit Jean-Paul Sartre und Gilles Deleuze und lebte lange Jahre mit Simone de Beauvoir zusammen, mit der ihn eine lebenslange intellektuelle Freundschaft verband. Er bereiste die Welt und wurde zum Augenzeugen historischer Ereignisse. Den Pariser Mai 1968 erlebte ebenso hautnah mit wie den Algerienkrieg, die Kulturrevolution in China ebenso wie die unterschiedlichen kriegerischen Versuche, den Staat Israel auszulöschen. Lanzmanns Solidarität mit Israel, das er 1952 erstmals bereiste, ist prinzipiell und unerschütterlich. Er brach den Kontakt zur algerischen Unabhängigkeitsbewegung ab, als deren Vertreter erklären, Soldaten zur Befreiung Palästinas entsenden zu wollen. Auch kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Lanzmann und seinem Mentor Jean-Paul Sartre, der in seinen Schriften den Terrorismus der palästinensischen Nationalbewegung verteidigte.

Der mitreißende Stil - man merkt dem Text an, dass Lanzmann ihn größtenteils diktiert hat - zeugt von intensiver Freude am Erzählen. Insgesamt geht Lanzmann nicht chronologisch, sondern assoziativ vor. Manche Lebensabschnitte beschreibt er ausführlich und detailverliebt, manche Episoden und Menschen kommen dagegen kaum vor. Dieser Stil macht es nicht immer leicht, beim Lesen den Überblick zu behalten, aber er passt umso besser zu Lanzmanns ganz eigener, sehr persönlichen Art des Erzählens. Erst auf S. 539 kommt er auf seinen Film „Shoah“ zu sprechen und beschreibt die äußerst mühsamen Dreharbeiten zu „Shoah“. Unter Bedingungen von materieller Armut und großer psychischer Belastung arbeitete er zwölf Jahre an dem Film. Er reiste durch Europa, die USA und Israel, um Opfer und Täter des Holocaust vor der Kamera zu befragen. Zum entscheidenden Moment der Arbeit an „Shoah“ gerieten die Besuche in Polen. Lanzmann schreibt, dass er diesen Film nur so drehen konnte, wie er gedreht wurde. Weil er selbst vom deutschen Terror betroffen war und sich dennoch weit genug zurücknehmen konnte, um seinen Protagonisten zuzuhören, weil er den Schrecken ertragen konnte. Lanzmanns Lebensthema ist die Beschäftigung mit der jüdischen Tragödie und der Existenz des Staates Israel. Die Filmtrilogie „Warum Israel“ (1972), „Shoah“ (1985) und „Tsahal“ (1994) gilt als epochales Dokument.

Vor diesem Hintergrund bekommt der Titel des Buches eine ganz besondere Bedeutung. Denn der Hase ist für Lanzmann ein Sinnbild für seinen eigenen Lebens- und Freiheitsdrang. In „Shoah“ sieht man eine Szene, wie zwei Hasen in Auschwitz-Birkenau unter einem Stacheldraht hindurch in die Freiheit hoppeln. Und während eines Aufenthalts in Patagonien war er eines Tages im Auto unterwegs, als plötzlich ein Hase auf der Straße auftauchte. Dank Lanzmanns Bremsmanöver konnte sich das Tier auf die Wiese retten. *Martin Rooney*

Eckhard Jesse:

**Systemwechsel in Deutschland
1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90**
Köln 2010 (Böhlau-Verlag), 280 S., 24,90 €

Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert

Die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert ist von vier bzw. fünf politischen Systemwechseln geprägt: vom Wilhelminischen Kaiserreich zur Weimarer Republik, von der Weimarer Republik zum Dritten Reich, vom Dritten Reich zur Bundesrepublik Deutschland bzw. Deutschen Demokratischen Republik, von der Deutschen Demokratischen Republik zur erweiterten Bundesrepublik. „Systemwechsel meint“, so der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse, „den (friedlichen, weniger friedlichen oder gewaltsamen) Übergang von einem Systemtypus zu einem anderen, abgesehen von etwaigen Modifikationen (monarchisch-konstitutionelle Verfassungstypen etc.) entweder von der Diktatur zur Demokratie oder von der Demokratie zur Diktatur“ (S. 7). So

lautet die Definition in seinem Buch „Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90“, das diese Veränderungen unter der Fragestellung „Was sind die zentralen Gründe für die Umbrüche – den Sturz des Alten wie den Sieg des Neuen?“ (S. 11f.) erörtern will.

Der Band gliedert sich in acht Hauptkapitel, die historisch beschreibend wie analytisch vergleichend angelegt sind: Zunächst gibt Jesse einen Überblick zur Systemwechselforschung und benennt die drei Kriterien Ende des alten Systems, Institutionalisierung und Konsolidierung des neuen als Instrumente für die Untersuchung und den Vergleich. Danach präsentiert das Buch eine Darstellung der verschiedenen Ereignisse 1918/19, 1933, 1945/49, 1989/90 jeweils bezogen auf die Gesichtspunkte Rahmenbedingungen und Ursachen, Verlauf und Phasen, Ergebnisse und Folgen. Nach der Ausbreitung des historischen Stoffs stehen die systematischen Vergleiche zunächst bezogen auf Aspekte wie Charakterisierung, Determiniertheit oder Intensität der Systemwechsel im Zentrum des Interesses. Schließlich geht es um den Vergleich der Diktaturen (NS und DDR) und Demokratien (Bundesrepublik und Weimar) sowie der Demokratie und Diktatur (Bundesrepublik und DDR) und dann noch hinsichtlich des „neuen“ Systemvergleichs („alte“/„neue“ Bundesrepublik).

Bilanzierend bemerkt Jesse: „Die vier Schlüssel-, Zäsuren- und Umbruchjahre 1918, 1933, 1945 und 1989 symbolisieren fundamentale, in vielerlei Hinsicht für das 20. Jahrhundert charakteristische Systembrüche. Dem autoritären Kaiserreich, das allerdings ein Rechtsstaat war, folgte 1918 die ungefestigte Weimarer Demokratie, ihrerseits nach nur 14 Jahren vom NS-Regime abgelöst. Mit dessen blutigem Ende schlugen der Osten und der Westen Deutschlands unterschiedliche Wege ein. 1945 fungierte als ein Scharnierjahr: Zwar war der Bruch mit der deutschen Vergangenheit bei allen Elementen der Kontinuität fundamental, doch wies die Entwicklung in den beiden Hälften Deutschlands, aus denen vier Jahre später zwei Staaten – nicht freiwillig – entstanden, eine vollkommen andere Qualität auf – einerseits eine mehr schlecht als recht funktionierende Diktatur, andererseits eine mehr recht als schlecht funktionierende Demokratie. Das westdeutsche ‚Provisorium‘ war lebenskräftiger als das ostdeutsche Gebilde, das ein ‚Definitum‘ sein wollte“ (S. 213).

Die bilanzierende und vergleichende Betrachtung zu den „Systemwechsel in Deutschland“ beeindruckt allein schon durch ihre systematische Anlage und Strukturierung. Jesse benennt immer wieder für die unterschiedlichen Aspekte Kriterien, die ihm als Untersuchungsrastr dienen. Das so entstandene Analyseprogramm setzt er dann auch konsequent um, wodurch sich der hohe Erkenntnis- und Informationsgehalt des Buchs erklärt. Seine inhaltlich komprimierten historischen Darstellungen können darüber hinaus noch als historische Beschreibungen der jeweiligen Umbrüche gelesen werden. Der Autor setzt sich jeweils auch mit Einwänden auseinander, etwa hinsichtlich der Frage nach einer Angemessenheit eines Vergleichs von „Drittem Reich“ und DDR. Gegen Ende hätte er vielleicht den analytischen Nutzen dieser vergleichenden Betrachtung von Systemwechseln

noch etwas stärker betonen können. Der besonders klare Aufbau und die gut verständliche Darstellung machen aus dem Band darüber hinaus eine gute Einführung und ein nützliches Nachschlagewerk.

Armin Pfahl-Traugher

Michael Ludwig Müller:

Die DDR war immer dabei

SED, Stasi & Co. und ihr
Einfluss auf die Bundesrepublik,
München 2010 (Olzog Verlag), 300 S.

Wer ändern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein

„20 Jahre nach dem Ende dieses Spuks darf das, was die diktatorischen Regimes von Walter Ulbricht und Erich Honecker auch in der Bundesrepublik anrichteten“, schreibt der gebürtige Oberfranke Michael Ludwig Müller klar und unmissverständlich, „nicht verdrängt und vertuscht werden. Nur wenn sich die nachwachsende Generation damit beschäftigt und die notwendigen Schlüsse zieht, wird sie künftigen Auseinandersetzungen mit extremistischen Gruppen gewachsen sein.“ Das ist das Programm des Buches von Michael Ludwig Müller, der damit einen „Beitrag zu dem bisher nur langsam und zäh vorankommenden Aufarbeitungsprozess“ leistet. Dazu ist er prädestiniert, denn seit bald fünfzig Jahren beobachtet er die Zeitgeschichte in West-Berlin – anfangs als Student, dann für den Verlag Axel C. Springer als Journalist der „Berliner Morgenpost“. Er untersucht die „feindselige, auf Irreführung, Verleumdung und Zersetzung der westdeutschen Gesellschaft gerichtete Haltung der SED und ihrer ‚Krake‘ Staats-sicherheit“. Müller spannt somit einen großen Bogen von der ersten Friedensbewegung in den fünfziger bis zum NATO-Doppelbeschluss in den achtziger Jahren, wobei er sich keinesfalls – wie andere – allein auf die Staatssicherheit beschränkt, sondern Gewinn bringend das Ensemble politischer Instrumente der DDR und der sowjetischen Führungsmacht in konzertierter Aktion vorstellt. Nicht das Detail, sondern die Generallinie ist sein Anliegen, um in eineinhalb Dutzend Kapiteln gegen „Unwissenheit und Gleichgültigkeit“ (S. 10) und ein „verklärtes Bild der DDR“ (S. 15) anzugehen. Er beginnt mit der Remilitarisierung in der Bundesrepublik und dem Anknüpfen der DDR an eine verbreitete „Bevölkerungsmehrheit gegen die Bundeswehr“ (S. 21), die sich Ost-Berlin mit Hilfe der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zunutze zu machen versucht. Trotz allem letztlich vergeblich, wie der NATO-Beitritt belegt (S. 43). Andere Angriffsziele beschreibt Müller am Beispiel der Vertriebenen (S. 46) oder der Verleumdung von Bundespolitikern (S. 54). Mit der „zweiten Friedensbewegung“ (S. 61) unternahm Ost-Berlin den Versuch, mit dem „Kampf dem Atomtod“ (S. 72) und der Infiltration des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), von dem sich die SPD darauf hin 1960 trennte, für die bislang erfolglose, wegen des KPD-Verbotes erschwerte Politik Studenten als „trojanische Esel“ (S. 91) für sich einzunehmen. Ausführlich skizziert er bedeutende, weit-

hin bekannte inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit (S. 137–244) in West-Berlin wie den Journalisten Walter Barthel („Kurt“) vom „Spandauer Volksblatt“, den Studienleiter der Evangelischen Akademie, Peter Heilmann („Adrian Pepperkorn“), den Journalisten Dietrich Staritz („Erich“) oder den SPD-Referenten Heinrich Burger („Eisenstein“). Für Inoffizielle in der Bundesrepublik nimmt er den NATO-Wissenschaftler Rainer Rupp („Topas“), den Referenten im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Knut Gröndahl („Töpfer“), oder die Regierungsdirektorin beim BND, Gabriele Gast („Gisela“), stellvertretend aufs Korn. Doch auch jene, die im Herzen der Demokratie in Bonn wirkten wie die SPD-Vorzimmersekretärin Ursula Vollert („Udo“), der Kanzleramtsreferent Günter Guillaume („Hansen“), der FDP-Politiker William Borm („Olaf“), der SPD-Funktionär Rudolf Maerker („Max“) oder die Verfassungsschützer Hansjoachim Tiedge und Klaus Kuron („Stern“) werden porträtiert. Dem West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras („Otto Bohl“), der den Studenten Benno Ohnesorg erschoss (S. 195–208), und dem „Nicht-IM“ Günter Wallraff (S. 209–234) widmet er großzügig Aufmerksamkeit. Die Bemühungen um Einfluss auf die Bundesrepublik skizziert Müller bis zum Untergang des Staates, dem das dienen sollte. Im Detail nicht immer valide – Kopenhagen liegt nicht in Schweden (S. 230) – hat Michael Ludwig Müller ein spannendes Panorama entworfen, das immer dann, wenn er die Akteure aus nächster Nähe erleben konnte wie den Journalisten Karl-Heinz Maier, von der Staatssicherheit auch als „Komet“ bezeichnet (S. 137), besonders anschaulich ist.

Und wozu das alles? „SED, Stasi & Co.“ waren zwar in der Bundesrepublik immer dabei, resümiert Michael Ludwig Müller, aber: „Die Kosten des mit direkter Aggression, klammheimlicher Infiltration und verschlagener Gehässigkeit geführten Kampfes um die Destabilisierung des westlichen Nachbarn waren gewaltig. Sie ... trugen in den Achtzigerjahren zusammen mit dem Aufwand für Unterhalt und Sicherung der als ‚Antifaschistischen Schutzwall‘ bezeichneten Mauer ganz wesentlich zum Niedergang des Arbeiter- und Bauernstaates bei“ (S. 13 f). Demnach war das System, das eigentlich nach einem langen Überleben gestrebt hat, sein eigener Totengräber. *Helmut Müller-Enbergs*

Siegfried Grundmann:

Die V-Leute des Gestapo-Kommissars Sattler

Berlin (Hentrich & Hentrich) 2010, 344 S.

Die Handschrift des Führungsoffiziers Sattler

Kriminalrat Bruno Sattler ist Führungsoffizier beim Geheimen Staatspolizeiamt (GeStapa) und dort von 1934 bis 1939 Leiter des Dezernats II 1 A 2 und zuständig für Sozialdemokraten, allen anderen voran die SPD selbst, die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Gewerkschaften (S. 18). Sein inoffizielles Netz mit mehr als zwei Dutzend VM (V-Personen) rückt der 72-jährige Siegfried Grundmann, früher Soziologieprofessor in Ostberlin, in den Mittel-

punkt seiner Untersuchung. Zwei V-Personen dieses Netzes – die Schweizer Journalistin Carmen Mory über die SPD in der Schweiz (S. 202–226) und Gustav Regitz über die SPD im Saarland (S. 246–253) mit den Deckbezeichnungen „S 11“ und „S 19“ (VM „Albert“) – sind in der Literatur bereits bekannt,¹ wie auch Sattler („Dr. Weber“) selbst, der als 36-Jähriger mit der Führung betraut wird.²

Für den Führungsoffizier Sattler arbeitet „S 1“ operativ unter den sozialdemokratischen Emigranten in Frankreich, „S 2“ in der Berliner Szene, darunter gegen den späteren SED-Funktionär Otto Buchwitz, und „S 3“ alias „Rosenthal“ reist nach Kopenhagen, Luxemburg, Prag und Schweden, um Sozialdemokraten auszuforschen. Diesem ist das größte Kapitel in dem Buch Grundmanns gewidmet, zurecht, da mithilfe seines Informationsaufkommens umfangreiche Netzwerke zerstört wurden. In Prag wirken „S 4“ alias „Kruse“ als Mitarbeiter im SPD-Parteivorstand, „S 5“ gegen die Sozialistische Arbeiterpartei und „S 6“ alias „Moritz“ über die SPD. „S 7“ alias „Heinz“ ist Angestellter der II. Internationale in Brüssel, „S 8“ alias „Fritz“ Redakteur in Holland und „S 9“ ist Mitglied des Kleinen Parteivorstandes der SPD. „S 10“ wirkt unter den Sozialdemokraten in Dänemark, der Journalist „S 12“ in der Schweiz, der Redakteur „S 13“ in Schweden, der Monteur „S 14“ in Schlesien und der Journalist „S 15“ im Saargebiet. Die Liste der weiteren VM Sattlers erstreckt sich auch auf Österreich und die Slowakei. Ranghöchster VM ist das ehemalige Mitglied des Reichstages Paul Röhle, der als „S 18“ firmiert. Eine jede dieser Quellen stellt Grundmann umfassend vor, auch für die Zeit nach dem II. Weltkrieg, sofern sie diese erlebt haben. Sattler wird in der DDR zu lebenslänglich verurteilt. Interessant ist vor allem Grundmanns Analyse dieses VM-Netzes, das er in seiner Schlussbilanz ausbreitet (S. 269–280). Nahezu die Hälfte der VM gehört vor der Rekrutierung durch das GeStapa der SPD an (S. 269), hat somit einen leichten Zugang zu sozialdemokratischen Emigrantenkreisen. Erwartungsgemäß ist der Frauenanteil gering – 3 von 27, was im üblichen Schnitt liegt. Auffallend ist mit fünf VM die hohe Quote der Selbstanbieter beim GeStapa (S. 27), gleichfalls fünf sind während ihrer Haft rekrutiert worden. Neun VM wirbt das Dezernat II 1 A 2 des GeStapa selbst, ebenso viele kommen über andere Dezernate hinzu. Weitere VM gehen auf Tipps aktiver VM zurück. In Auswertung der Motive gelangt Siegfried Grundmann zu dem Ergebnis, das nicht einer der VM aus politischer Überzeugung kooperiert (S. 271). Die meisten dienen aus „Eigennutz und Gewinnsucht“ (S. 272), eine Mischform zwischen „Wiedergutmachung“ bei vorangegangener Straftat und materiellem Vorteil. Personen (4), deren Loyalität während der operativen Arbeit fraglich ist, werden fallengelassen, mitunter verhaftet (S. 273 f.); hingegen VM (3), die erfolgreich sind und unfreiwillig dekonspiriert wurden, können auf die Unterstützung des GeStapa zählen. Der Verschleiß der VM ist ohnehin groß (6), teils werden sie im Ausland verurteilt, in zwei Fällen zum Tod (S. 274). Drei der VM arbeiten bis zum Untergang des NS-Staates aktiv, wobei nach Grundmann dafür maßgebend deren intellektuelle Qualität, die Intensität der Verbindung in sozialdemokratische Milieus und schließlich unzureichende

Vorsicht der emigrierten Sozialdemokraten ist (S. 275). Angesichts des Informationsaufkommens wird deutlich, dass es dem GeStapa gelungen ist, mit dem doch eher überschaubaren VM-Netz einen beachtlichen Einblick in die sozialdemokratische Emigration zu gewinnen. Siegfried Grundmann hat mit der Untersuchung zu den „V-Leuten des Gestapo-Kommissars Sattler“ eine Broschüre für die Forschung über die nachrichtendienstliche Arbeit während der NS-Zeit geschlagen und dabei einen Zugang gewählt, der deutlich den Zusammenhang zwischen VM-Führung und VM-Führer, Aufwand, Wirkung und Folgen erkennen lässt. Als störend wirken allerdings handelsübliche Etiketten wie „Judaslohn“ und dergleichen, und gelegentlich schwer zu deutende Aussagen wie: „Ein Ersatz von Terror freilich war das nicht, vielmehr Bestandteil desselben.“ (S. 279)

Helmut Müller-Enbergs

¹ Vgl. Joachim von Kürenberg: *Bella Donna – Das gefährliche Leben der Carmen Morell*. Hamburg 1950; Carmen Abbati: *Ich, Carmen Mory. Das Leben einer Berner Arztochter und Gestapo-Agentin (1906 – 1947)*. Zürich 1999; Lukas Hartmann: *Die Frau im Pelz. Leben und Tod der Carmen Mory*. Frankfurt 2001; Regula Ludi: *Von Verführung und Verführten. Repräsentationen der schweizerischen Kriegsverbrecherin Carmen Mory*, in: Ulrike Weckel, Edgar Wolfrum (Hrsg): „Bestien“ und „Befehlsempfänger“. *Frauen und Männer in NS-Prozessen nach 1945*. Göttingen 2003, S. 139–171; Tanya Lieske: *Spion wider Willen*. Düsseldorf 2009.

² Vgl. Stefan Appellus: *Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht*. Essen 1999, S. 90, 104 und 476; Beate Niemann: *Mein guter Vater. Mein Leben mit seiner Vergangenheit. Eine Täter-Biographie*. Teetz 2005; Henry Leide: *NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR*. Göttingen 2005, S. 412 und 447.

Achim Bühl:

Islamfeindlichkeit in Deutschland Ursprünge, Akteure, Stereotype

Hamburg 2010 (VSA-Verlag), 319 S.

Keine klare Trennlinie von Islamfeindschaft und menschenrechtlicher Islamkritik

Eine Reihe von empirischen Studien, die nach dem Ausmaß der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Minderheitengruppen fragen, belegen einen Anstieg der Ablehnung und Feindschaft gegenüber Muslimen. Gerade im Kontext der Sarrazin-Debatte ist dieser Sachverhalt noch einmal öffentlich deutlich geworden. Bei den hier angesprochenen islam- und muslimenfeindlichen Diskursen handelt es sich inhaltlich aber um keine neuen Phänomene. Vielmehr knüpfen die entsprechenden Inhalte an eine jahrhundertlange Tradition an. Darauf macht der Soziologe Achim Bühl in seinem Buch „Islamfeindschaft in Deutschland. Ursprünge, Akteure, Stereotype“ aufmerksam. Darin konstatiert er bereits zu Beginn: „Islam-Bashing ist in Deutschland keineswegs geächtet, sondern salonfähig, die Gleichsetzung von Is-

lam und Terror vollzieht sich nicht nur in den Köpfen Ewiggestriger, sondern in den Äußerungen ihrer politischen, ökonomischen kulturellen Elite. Islamhass ist hier zu einer akzeptablen Haltung geworden“ (S. 10).

Der Autor gliedert seine Arbeit in sechs unterschiedlich lange Kapitel: Zunächst geht es um die historischen Ursprünge der Islamfeindlichkeit, die in den Kreuzzügen gesehen werden, in der Angst vor der „Türkengefahr“ ihre Fortsetzung fanden und auch im „christlich-kolonialistischen Islambild“ des Romanautors Karl May nachweisbar seien. Danach geht Bühl auf den vielfach ignorierten arabischen bzw. islamischen Beitrag zur europäischen Kultur ein. Dem folgt das längste Kapitel zur modernen Islamfeindlichkeit mit Ausführungen zur Sarrazin-Debatte, der Kopftuch-Kontroverse, dem Moscheebau-Streit, der Islamfeindlichkeit der Kirchen und dem Islam-Bild der Medien. Anschließend widmet sich Bühl dem Kontext von Islamfeindlichkeit und Migration und fragt nach der Angemessenheit eines Vergleichs von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Und schließlich erörtert er noch die Angemessenheit der begrifflichen Erfassung des Gemeinten, wobei gegen den Begriff „Islamphobie“ und für die Kategorie „Islamfeindlichkeit“ plädiert wird.

Immer wieder hebt Bühl die formalen Gemeinsamkeiten alter und neuer Islamfeindlichkeit hervor: „Die Analyse der Muster islamfeindlichen Denkens im aktuellen Diskurs ergibt somit, dass es sich um eine Stereotypie handelt, die über ausgeprägte historische Quellen verfügt, wobei sich drei Hauptgruppen voneinander unterscheiden lassen und zwar erstens: Türken- und Islambilder des Mittelalters sowie der Neuzeit, deren argumentative Raster adaptiert werden, zweitens antisemitische Stereotype, die auf eine andere Opfergruppe in Gestalt der Muslime transferiert werden sowie drittens einige wenige genuin postmoderne Stereotype, die über keine historischen Vorbilder verfügen. Bei den in der Islamfeindlichkeit zum Einsatz gelangenden stereotypen Mustern handelt es sich somit in der Regel um Bilder, die sich kollektiv ins Bewusstsein eingegraben haben und nunmehr eine Reaktivierung erfahren“ (S. 300). Die islamfeindlichen Muster, die über Jahrhunderte in der Kultur verankert gewesen seien, ermöglichten heute ein nahezu müheloses Andocken.

Bühls Arbeit kommt das Verdienst zu, eine informative Gesamtdarstellung zum Thema „Islamfeindlichkeit“ vorgelegt zu haben. An vielen Beispielen wie etwa der Juden- und Muslimenfeindschaft Martin Luthers kann er die historische Kontinuität einschlägiger Einstellungen gut belegen. Mitunter ist seine Literaturgrundlage etwas dünn, oder er verweist etwas unkritisch auf Internet-Einstellungen auf Wikipedia. Gleichwohl vermag Bühl die Muster des islamfeindlichen Diskurses immer wieder anschaulich herauszuarbeiten. Die auf dem Klappentext vom Verlag angebrachte Frage „Wo liegt die Grenze zwischen Islamkritik und Islamfeindlichkeit?“ beantwortet er aber gerade nicht. Zwar verweist Bühl bei den Ausführungen zum Kopftuch- und Moscheenstreit darauf, es könnte hier kritische Auffassungen auch aus einer nicht-islamfeindlichen Position heraus geben (vgl. 170, 175). Diese Einsicht durchzieht aber als grundsätzliche Auffassung nicht den Text des Buches, das dadurch eine etwas apologetische und einseitige Dimension annimmt.

Armin Pfahl-Traugher